

IZT-Text 1-2017

Kommunale Transformation



Lokale Basisbewegungen als Pioniere des Wandels

IZT-Text 1-2017

Kommunale Transformation

Lokale Basisbewegungen als Pioniere des Wandels

Teilstudie aus dem Forschungsprojekt

„Nachhaltigkeit 2.0 – Modernisierung zum Leitbild der nachhaltigen Entwicklung“

Autor

Dr. Edgar Göll

Berlin, 20. Dezember 2017

© 2017 IZT - Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie.
Detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-941374-32-4

Herausgeber:

IZT - Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung gemeinnützige GmbH,
Schopenhauerstr. 26, 14129 Berlin

Tel.: 030-803088-0, Fax: 030-803088-88, E-Mail: info@izt.de

Coverabbildung: CC Anemone123 (pixabay.com)

Das diesem Bericht zu Grunde liegende Vorhaben „Nachhaltigkeit 2.0 – Modernisierung zum Leitbild der nachhaltigen Entwicklung“ wurde mit Mitteln des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit unter der Forschungskennzahl FKZ 3713 11100 gefördert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt beim Autor. Der Text ist Zwischen- bzw. Arbeitsergebnis der Forschungsnehmer. Er spiegelt nicht notwendig Positionen der Auftraggeber oder der Ressorts der Bundesregierung wider. Er stellt einen Beitrag zur Weiterentwicklung der Debatte dar.

Kurzfassung

In diesem IZT-Text werden Diskussionen innerhalb des Diskurskomplexes kommunaler Basisbewegungen untersucht. Aus dem Forschungsprojekt „Nachhaltigkeit 2.0 – Modernisierung zum Leitbild der nachhaltigen Entwicklung“ hervorgehend adressiert die vorliegende Studie die Frage, ob und inwiefern diese Diskussionen zur Stärkung des *Leitbilds nachhaltige Entwicklung* (LNE) beitragen. Seit den ersten Definitionen und Beschreibungen von Nachhaltiger Entwicklung wurde das LNE maßgeblich geprägt durch den Rio-Prozess der 1990er Jahre, erhielt mit der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung eine offizielle Form und durch die weltweite Annahme der in der UN-Agenda 2030 formulierten 17 SDGs erneut besondere Akzente. Aufgrund des in dieser Entwicklung sich implizit vollziehenden Wandels der konkreten Gestaltungserfordernisse und -möglichkeiten ergeben sich für den Diskurs zur Nachhaltigkeit ebenfalls neue Herausforderungen. Im Hinblick auf die Diskussionen kommunaler Basisbewegungen werden diese Herausforderungen in der folgenden Teilstudie beispielhaft anhand der drei Teilfelder *Urban Farming/Gardening*, *Commons* und *Solidarische Ökonomie* in Bezug auf wesentliche Akteure, Storylines und mögliche Diskurskoalitionen dargestellt und diskutiert. Die Untersuchung der benannten Felder erfolgt der Reihe nach im Rahmen der gesellschaftlichen Subsysteme: Wissenschaft, Politik, Gesellschaft und Wirtschaft.

Schlagwörter: Diskurse, Nachhaltigkeit, nachhaltige Entwicklung, kommunale Basisbewegungen, Urban Farming/Gardening, Commons, Solidarische Ökonomie

Abstract

In this text of the IZT, discussions within the discourse complex of communal grassroots movements are examined. As a result of the research project “Nachhaltigkeit 2.0” [Sustainability 2.0], the following study addresses the question whether and in what extent these discussions support the guiding concept of sustainable development. Since its first definitions and descriptions the concept of sustainable development has significantly been shaped in the Rio process during the 1990s, has become an official term within the sustainability strategy of the German Government and has gained new accents due to the worldwide adoption of the 17 SDGs that were formulated in the UN-Agenda 2030. Because of the implicit shift of the special requirements and possibilities of handling sustainable development during the course of the development of its concept, new challenges for the discourse of sustainability has emerged. With regard to the discussions of communal grassroots movements, these challenges are described and discussed within the following partial study by reference to the three issues *urban farming/gardening*, *commons* and *solidarity economy* and by relating to each of their significant actors, storylines and potential discourse coalitions. The examination of these fields is executed within the social subsystems in the given order: science, politics, society, and economy.

Keywords: discourse, sustainability, sustainable development, communal grassroots movements, urban farming/ gardening, commons, solidarity economy

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	6
1 Einleitung	7
2 Methodische Vorgehensweise im Projekt	9
3 Diskursgenese im Projekt	11
4 Wesentliche Akteure, Storylines, Diskurskoalitionen	15
4.1 Wissenschaft	15
4.1.1 Urban Farming/Gardening	16
4.1.2 Commons	16
4.1.3 Solidarische Ökonomie	18
4.2 Politik	19
4.2.1 International	19
4.2.2 National	20
4.3 Gesellschaft	23
4.3.1 Urban Gardening	23
4.3.2 Commons	23
4.3.3 Solidarische Ökonomie	23
4.4 Wirtschaft	24
5 Verbindungen zu anderen Diskursen des Vorhabens	25
5.1 Das Gute Leben als Wohlstandsmodell	25
5.2 Vulnerabilität und Resilienz	26
6 Perspektive des Diskurses	27
7 Schlussfolgerungen im Hinblick auf das Leitbild Nachhaltige Entwicklung	30
Anhang	34
Literatur- und Quellenverzeichnis	35

Abkürzungsverzeichnis

ALP	Arbeits-, Lern- und Präsentationstechniken
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMUB	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
BNE	Bildung für nachhaltige Entwicklung
CPUL	Continuous Productive Urban Landscapes
CSR	Corporate Social Responsibility
HBI	Hochschule für Bibliotheks- und Informationswesen
HdM	Hochschule der Medien
LA21	Lokale Agenda 21
LNE	Leitbild nachhaltige Entwicklung der Bundesregierung
NGOs	Nichtregierungsorganisation
NIMBY	Not in my back-yard
RENN	Regionale Netzstellen Nachhaltigkeitsstrategien
RNE	Rat für Nachhaltige Entwicklung
TAB	Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag
UBA	Umweltbundesamt
UN	Vereinte Nationen
US / USA	Vereinigte Staaten von Amerika
VGGT	Voluntary Guidelines for the Responsible Governance of Tenure of Land, Fisheries and Forests
WBGU	Wissenschaftlicher Beirat Globale Umweltveränderungen
ZdK	Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaft

1 Einleitung

Die Verbreitung und Durchsetzung des Leitbildes Nachhaltige Entwicklung (LNE) waren bisher nicht hinreichend erfolgreich. Daher sollten bisherige Erfahrungen mit dem Leitbild und insbesondere seine Stärken und Schwächen analysiert werden. Der hier vorliegende Text ist das Teilergebnis des Forschungsvorhabens mit dem Titel „Nachhaltigkeit 2.0 – Modernisierung zum Leitbild der nachhaltigen Entwicklung“, und wurde mit Mitteln des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit gefördert, und von adelphi und IZT von 2014 – 2016 durchgeführt.¹ Im Rahmen des Vorhabens wurden verschiedene andere aktuelle Diskurse (z.B. der Diskurs um Wachstum und Wohlstand) daraufhin untersucht, inwieweit sie Impulse und Anregungen für eine Stärkung und Profilierung des LNE, also für eine Art „Nachhaltigkeitsleitbild 2.0“ geben können. Das IZT analysierte und wertete zahlreiche Diskurse aus.

In dem vorliegenden IZT-Text wird vor diesem Hintergrund speziell die Relevanz des Diskurskomplexes und der Diskussionen um kommunale Basisbewegungen für das Leitbild nachhaltiger Entwicklung der Bundesregierung analysiert. Seit den ersten Definitionen und Beschreibungen von Nachhaltiger Entwicklung wurde das LNE maßgeblich geprägt durch den Rioprozess der 1990er Jahre und erhielt 2002 mit der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung eine offizielle Form in Deutschland. Aufgrund zahlreicher Veränderungen der konkreten Herausforderungen und der Gestaltungserfordernisse und -möglichkeiten ergeben sich für den Diskurs zur Nachhaltigkeit ebenfalls neue Herausforderungen. Durch die weltweite Anerkennung und Annahme der 17 SDGs im Rahmen der UN-„Agenda 2030“ sind hierfür nochmals besondere Akzente und neue Möglichkeiten gegeben (siehe UN 2016), die auch in der aktuellen Nachhaltigkeitsstrategie Deutschlands sowie in mehreren Nachhaltigkeitsstrategie in Bundesländern Eingang gefunden haben.

Der Titel für den hier vorzustellenden Diskurs – Kommunale Basisbewegungen – ist der Versuch, einen Sammelbegriff zu nutzen, der eine Vielzahl von Aktivitäten und Trends auf der lokalen Ebene gemeinsam betrachten lässt hinsichtlich ihrer Relevanz für die Stärkung von Nachhaltigkeit. Insgesamt gehören hierzu zahlreiche neuere Phänomene, doch können aufgrund des begrenzten Forschungsrahmens nur ausgewählte Beispiele berücksichtigt werden. Hierzu gehören die Transition-Town-Bewegung, Ecovillages, Klimaschutzinitiativen sowie Bewegungen für Solidarische Ökonomie, Gemeingüter (Commons) und Urban Farming/Gardening. Die drei letztgenannten Beispiele werden im Folgenden genauer untersucht, andere kommunal agierende Basisbewegungen punktuell und ergänzend erwähnt. Im Fokus stehen die Fragen nach der Bedeutung und den möglichen Potenzialen der Diskurse und Praktiken derartiger lokaler, sozial-ökologischer Bewegungen für die Nachhaltige Entwicklung, zugespißt auf die mögliche Funktion als „Pioniere des Wandels“. Diese Bewegungen und ihre Aktivitäten sind abzugrenzen von den Aktivitäten und Diskursen, die in Bezug auf kommunale, insbesondere städtische Bereiche in der Diskussion sind wie z.B. „Smart Cities“, die Nachhaltigkeit nicht explizit bzw. primär als Ziel verfolgen und weitgehend „von oben“ angeregt werden. Erwähnt sei hier noch, dass Kommunen im Zuge von Reformdebatten immer wieder hervorgehoben worden sind, und dass seit einigen Jahren auch in anderen Staaten sowie international neue Debatten ge-

¹ Forschungskennzahl FKZ 3713 11100. Als Teilvorhaben war es aufgrund der sehr begrenzten Zeitkapazitäten nicht möglich, eine umfassende und tiefgehende Analyse zu erarbeiten. Gleichwohl können hier erste Hinweise für die Relevanz der Diskurse zum Thema kommunale Basisbewegungen für eine Stärkung des LES gegeben werden.

führt werden, in denen die Bedeutung insbesondere von Städten für eine Transformation zur Nachhaltigkeit hervorgehoben wird.²

Die folgende Teilstudie ist aufgeteilt in sieben Kapitel. In Kapitel 2 wird in aller Kürze die methodische Vorgehensweise in Bezug auf theoretische Grundüberlegungen, die Auswahl des Dokumentenkörpus sowie das konkrete Analyseverfahren erläutert. Kapitel 3 beschreibt die wichtigsten Aspekte der Entwicklung einzelner Elemente und Beispiele des Diskurskomplexes zu kommunalen Basisbewegungen. Kapitel 4 widmet sich dann einer eingehenderen Analyse ausgewählter Akteure und ihrer wesentlichen Storylines, unterteilt nach wissenschaftlicher, politischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Diskussion. In Kapitel 5 werden Verbindungen zu wichtigen Paralleldiskursen beleuchtet. Kapitel 6 erörtert Perspektiven des Diskurses mit Blick auf die künftige Entwicklung und in Kapitel 7 werden Schlussfolgerungen in Hinblick auf Chancen und Risiken des Diskurses für eine Weiterentwicklung des LNE formuliert.

² Hierzu gehört das Paris Abkommen (2016) und aktuell die COP23 mit den entsprechenden Vereinbarungen, sowie die Anerkennung der Bedeutung von Kommunen in der UN-Agenda 2030 und die Aktivitäten internationaler Netzwerke und Vereinigung (wie z.B. ICLEI). Interessant sind in diesem Kontext die Vorschläge und Aktivitäten für ein „Parliament of Mayors“. Hierzu schrieb der US-Politikwissenschaftler Benjamin Barber, der dies maßgeblich konzipiert und erste Schritte dazu initiierte: „In the face of the most perilous challenges of our time—climate change, terrorism, poverty, and trafficking of drugs, guns, and people—the nations of the world seem paralyzed. The problems are too big, entrenched, and divisive for the nation state. Is the nation state, once democracy’s best hope, today dysfunctional and obsolete?“ (Barber 2013). Siehe dazu auch die Meldung <http://sustainablecitiescollective.com/david-thorpe/312101/five-reasons-why-mayors-should-manage-world> sowie die Webseite <https://globalparliamentofmayors.org/>. Des Weiteren sind die Bemühungen des World Future Councils zu erwähnen, der im Kontext von Habitat 3 die Etablierung von „National Urban Policy Commissions“ (NUPCs) vorschlugen: „A proposal that we believe could offer a concrete tool to improve multi-level governance, would be the creation of National Urban Policy Commissions. These would be cross-ministerial and cross-governmental commissions co-led by national, regional and local governments which would help to bridge incompatibilities between local and national legislations and hence help the effective and consistent implementation of national programmes within the local context (e.g. sustainability programmes). On one hand, the role of improving multi-level governance by supervising cross-level collaboration. On the other hand, it would serve as a dedicated national taskforce for the implementation and monitoring of the New Urban Agenda (...).“ [<https://www.worldfuturecouncil.org/can-make-national-local-governments-work-better-together/>]

2 Methodische Vorgehensweise im Projekt

Die methodische Vorgehensweise orientiert sich an dem Vorschlag für die Analyse des Modelldiskurses, wie sie im Rahmen des Vorhabens durch adelphi konzipiert wurde, die auf der argumentativen Diskursanalyse nach Hajer (2003) basiert. Das diesem Ansatz zugrunde liegende Diskursverständnis beruht auf einer konstruktivistischen Perspektive und lässt sich als „Ensemble von Ideen, Konzepten und Kategorien durch das ein Phänomen mit Bedeutung versehen wird und welches durch ein bestimmtes, identifizierbares Set von Praktiken produziert und reproduziert wird“ (Hajer 2003, S. 273) beschreiben. Diese strukturierte und strukturierende Struktur (hier im Rückbezug auf Pierre Bourdieus Konzept des Habitus sowie in anderem Zusammenhang auch von Anthony Giddens „strukturierende Struktur“) wird als Diskurs im Sinne von Michel Foucault immer auch als ein Ausdruck von Machtstrukturen verstanden, die unsere Wahrnehmung von Realität über die unterschiedliche Legitimation verschiedener Sprecherpositionen strukturieren.

Gleichzeitig fokussiert die argumentative Diskursanalyse auf die dialektisch-prozesshafte Natur von Diskurslinien und damit verbundene Akteurs-Konstellationen. Um zentrale Triebkräfte und Konfliktlinien des Diskurses zu identifizieren, werden – soweit möglich – Diskurskoalitionen, d.h. Gruppen von Akteuren herausgearbeitet, die sich jeweils spezifischer Storylines bedienen bzw. um zentrale Storylines gruppieren. Neben der Strukturierung des Diskurses vereinfacht dieser Ansatz auch eine Identifikation inhaltlicher Anknüpfungspunkte an Paralleldiskurse, den politischen Prozess und das LNE.

Die einzelnen Dokumente innerhalb des Analysekorpus für die vorliegende Studie wurden in einem mehrstufigen Prozess gesammelt und sortiert, um eine möglichst umfassende und gleichzeitig relevante Datengrundlage zusammenstellen zu können. Die Dokumentenauswahl stand hierbei zwar am Anfang des Bearbeitungszeitraums, wurde aber im Sinne eines iterativen Analyseprozesses (Silverman 2010) über den gesamten Prozessverlauf durch ergänzende Literaturrecherchen fortgeführt um neue Erkenntnisse zu aktualisieren und zu kontextualisieren. Eingangs wurde eine strukturierte Volltextsuche in verschiedenen Medien und Datenbanken nach Akteursfeldern in den Bereichen Politik, Gesellschaft (inklusive Medien), Wirtschaft und mit Einschränkungen auch der Wissenschaft durchgeführt. Die Dokumente wurden auf die Begriffe „Kommunale Basisbewegungen“ sowie „Urban Gardening“, „Solidarische Ökonomie“ und „Commons“/„Gemeingüter“ hin untersucht, mit Hilfe des Literaturverwaltungsprogramms Citavi katalogisiert und thematisch geordnet (siehe die Tabelle im Anhang).³

Die wesentlichen Analyseschritte:

1. **Allgemeines Scanning des Dokumentenkorpus und explorative Recherche.** In diesem ersten Schritt wurden die gesammelten Dokumente einer Grobanalyse unterzogen, um das Diskursfeld abzustecken, dessen Entwicklung nachzuvollziehen, und wesentliche Akteursgruppen zu identifizieren.
2. **Detailanalyse spezifischer Dokumente.** In einem zweiten Analyseschritt wurden zentrale Dokumente einer Detailanalyse unterzogen, um erste Einschätzungen zu zentralen Akteuren, Storylines und Diskurskoalitionen aus Analyseschritt 1 zu konsolidieren und inhaltlich zu unterfüttern.

³ Dieser Teil der Untersuchung wurde im Sommer 2015 durchgeführt.

3. **Synthese und Zusammenstellung des Ergebnis-papiers** im Hinblick auf Chancen und Risiken des Diskurses für das LNE. Dieser letzte Schritt beinhaltet die Konsolidierung der Analyseergebnisse im Hinblick auf die Forschungsfragen und die eigentliche Schreibarbeit. Neben dem Fokus auf Chancen und Risiken des Diskurses in Hinblick auf das LNE wurden hier auch Entwicklungsperspektiven des Diskurses als solchem sowie Verbindungen zu anderen Diskursen und Debatten mit aufgegriffen.

Zur Darstellung in dieser Publikationsreihe: Das Auftreten des Diskurses in kommunalen Basisbewegungen bzw. in den drei Teilbereichen Farming/Gardening, Commons und Solidarische Ökonomie wird in Bezug auf wesentliche Akteure, Storylines, und wo möglich auch in Bezug auf Diskurskoalitionen dargestellt. Dies erfolgt der Reihe nach für die gesellschaftlichen Subsysteme Wissenschaft, Politik (wo möglich differenziert nach internationaler und nationaler Ebene), Gesellschaft und schließlich auch Wirtschaft.

3 Diskursgenese im Projekt

Bereits das maßgebliche internationale Dokument für das Leitbild Nachhaltige Entwicklung – die AGENDA 21 der UN – weist in Kapitel 28 explizit auf die Wichtigkeit der lokalen Ebene bei der Realisierung einer nachhaltigen Entwicklung hin. Begründet wird dies damit, dass viele der in der Agenda 21 angesprochenen Probleme und Lösungen auf Aktivitäten auf der örtlichen Ebene zurückzuführen sind und daher die Beteiligung und Mitwirkung der Kommunen ein entscheidender Faktor bei der Verwirklichung der in der Agenda enthaltenen Ziele sei. Dort heißt es weiter: „Als Politik- und Verwaltungsebene, die den Bürgern am nächsten ist, spielen sie eine entscheidende Rolle bei der Informierung und Mobilisierung der Öffentlichkeit und ihre Sensibilisierung für eine nachhaltige umweltverträgliche Entwicklung.“ (Agenda 21, Kapitel 28.1, 1992)

Vor dem Hintergrund der in Deutschland in der Mitte der 1990er Jahre zaghaft begonnenen kommunalen Nachhaltigkeitsaktivitäten ergaben sich aufgrund der sehr unterschiedlichen lokalen Gegebenheiten und Handlungsansätze unterschiedliche Verfahrensweisen, Entwicklungen und Effekte. Die wohl am weitesten verbreitete Aktivitätsform in direktem Bezug zu nachhaltiger Entwicklung dürfte die Lokale Agenda 21 gewesen sein. In den Hochzeiten wurden etwa 2.600 Kommunen gezählt, die sich diesem umfassenden und ambitionierten Ansatz mehr oder weniger intensiv widmeten bzw. formale Beschlüsse hierzu gefasst hatten (Agenda-Transfer, Bonn). In einer Broschüre jener Zeit (Agenda-Transfer/ InWent 2007, S. 10) wird im Vergleich zu früheren Partizipationsbewegungen konstatiert: „Die Lokale Agenda 21 wurde (...) zu einem der quantitativ bedeutendsten Partizipationsprozesse in Deutschland.“ Dort erklärt unter anderem ein Bürgermeister die Lage der Kommunen und weist auf knappe Kassen, verbreiteten Strukturwandel, Verkehrsprobleme, hohe Energiekosten hin, die zu neuen Strategien für die künftige Entwicklung Anlass geben würden. Demnach können Kommunen einen besonderen Reichtum generieren, wenn sie ihre Bürger gezielt und aktiv an der Entscheidung und Gestaltung vor Ort beteiligen. Und: „Dieser Kommunale Agenda 21-Prozess muss als modernes Instrument konsequent ausgebaut werden.“ (Otmar Bernhard, Sonthofen 2006, zitiert in Agenda-Transfer/ InWent 2007, S.11)

Im Lauf der Zeit entwickelte sich eine unüberschaubare Vielfalt von lokalen Aktivitäten von Bürgerinnen und Bürgern, die sowohl hinsichtlich der Themengebiete (z.B. Verkehr, Wohnen, Umwelt) als auch der Methoden (z.B. Initiativen, Projekte, Proteste, bis hin zu vereinzelt Hausbesetzungen) eine große Bandbreite aufwiesen und weiter aufweisen, ohne explizit Bezug auf Nachhaltigkeit oder das LSE zu nehmen, und ohne ihre Aktivitäten auch mit diesem Begriff zu bezeichnen. Andererseits gab und gibt es manche Projekte und Maßnahmen, die mit dem Label „nachhaltig“ versehen werden, aber die hohen Ansprüche von Nachhaltig nicht annäherungsweise erfüllen, sondern lediglich als „symbolische Politik“ (Murray Edelman (1964): *The Symbolic Uses of Politics*. University of Illinois Press) oder gar als „green labelling“ zu bewerten sind.

Kurz nach der Jahrtausendwende nahm in Deutschland die Bedeutung von Lokale-Agenda-21-Prozessen ab, zahlreiche Strukturen und Aktivitäten mit dem sehr hohen Anspruch, einen umfassenden kommunalen, partizipativen und zukunftsorientierten Gestaltungsprozess in Kommunen durchzuführen, wurden zurückgefahren oder ganz eingestellt. Hierfür gab es zahlreiche Gründe, wie vor allem die hohen Ansprüche in Bezug auf Veränderung der nichtnachhaltigen lokalen Verhältnisse, die angesichts der „objektiven“ Herausforderungen angemessen sein mochten – und dies wohl auch weiterhin sind. Doch die „real existierenden Akteure“ mit ihren sehr begrenzten Kompetenzen und Handlungsressourcen, die „Zurückhaltung“ der meisten Lokalverwaltungen und Lokalpolitiker gegen-

über den Ansprüchen und artikulierten Herausforderungen und Forderungen, die insgesamt gegeben oder sich ergebenden Akteurskonstellationen sowie die Machtverhältnisse und schließlich das Beharrungsvermögen der Verwaltungen, Bürgerschaften und Unternehmen vermochten nicht, die erforderlichen Schritte und Prozesse einer allfälligen Transformation in Richtung Nachhaltigkeit zu realisieren.

Doch ist zu diesen Veränderungen auch festgestellt worden, dass es sich nicht um einen Niedergang lokaler und lokalpolitischer Anstrengungen in Richtung Nachhaltigkeit handelte, sondern vielmehr um einen „Formwandel“, einen Wandel der Konzepte und Instrumente. Dabei seien die Erfahrungen der LA-21-Prozesse berücksichtigt und eingeflossen, sowie viele Elemente und Qualitäten in nachfolgenden lokalen Aktivitäten und (in Varianten) weiter praktiziert worden – speziell in Bezug auf Bürgerbeteiligung oder auch ressortübergreifende Ansätze. Im weiteren Verlauf führten die unterschiedlichen Verfahrensweisen, Entwicklungen und Effekte zu einer noch stärkeren Ausdifferenzierung kommunaler Aktivitäten bezüglich Nachhaltigkeitsthemen, häufig verbunden mit einer problemfeldbezogenen Fokussierung (thematische Selektion bzw. Priorisierung) und Konzentration der Handlungsressourcen. Zudem kam es zu einer expliziten Abkehr von der Benennung als Lokale Agenda 21 (Nolting/Göll 2012 und Nolting/Göll 2014). Zu groß waren wohl die Frustrationen bei verschiedenen Akteuren über unzureichende Resonanz und ausbleibende Erfolge der Anstrengungen und Aktivitäten. Die Intentionen und Ziele harren somit noch 25 Jahre nach ihrer Artikulation (Agenda 21) der Realisierung.

Sehr viele Nachhaltigkeitsaktivitäten entstanden „bottom-up“ durch sehr unterschiedliche Akteure aus diversen sozialen Milieus. Ein häufig vorkommender Schwerpunkt ist kommunaler Klimaschutz, dazu kommen die Transition-Town-Bewegung und neue vereinzelte Ansätze für Ecovillages, und schließlich die hier weiter zu betrachtenden Bewegungen und Aktivitäten für Solidarische Ökonomie, Gemeingüter (Commons), Urban Farming/Gardening. Im Zusammenhang mit anderen konkreten Herausforderungen auf kommunaler Ebene, wie z.B. Klimaanpassungspolitik, Urbanisierung, Wohnen, demografischer Wandel, Migration werden mittlerweile sehr unterschiedliche Diskurse über neue oder erneut aufgegriffene kommunale Politikansätze und Konzepte geführt, darunter insbesondere die oben erwähnten. Daher wird hier die Frage verfolgt, ob und inwiefern diese Basisbewegungen als „Pioniere des Wandels“ eingeschätzt werden können, und ob zu erwarten ist, dass mit diesem Diskurskomplex spürbare Impulse für eine Stärkung des Nachhaltigkeitsdiskurses gegeben werden können.

Die Bezeichnung „Pioniere des Wandels“ findet sich im deutschen Sprachraum häufig im historisch-politischen und/oder historisch-ökonomischen Kontext. Als berühmte Beispiele hierfür sind einzelne Persönlichkeiten wie Willy Brandt, Egon Bahr, Werner Siemens oder Robert Bosch genannt, die diese Bezeichnung erhielten, weil sie bestimmte Entwicklungen (mit) in Gang gesetzt oder wesentlich vorangetrieben haben. In jüngster Zeit, wie z.B. im Jahresgutachten von 2011 des WBGU, wird dieser Begriff prioritär im privatwirtschaftlichen Sinne gebraucht. Laut WBGU (2011, S. 264) „erfüllt dieser Typus von Pionieren des Wandels verschiedene Funktionen: Forschung und Entwicklung sowie Wissensgenerierung, Bereitstellung finanzieller und personeller Ressourcen, Initiierung selbsttragender Prozesse am Markt, Scharnierfunktion zwischen Forschung und Anwendung (Diffusion), Wahrnehmung gesellschaftlicher Verantwortung durch Unternehmen (Corporate Social Responsibility, CSR)“. Doch beschäftigt sich die vorliegende Diskursbeschreibung nicht mit diesem spezifischen „Typus“, sondern im Kontext der nachhaltigen Entwicklung, wie dies auch durch Kristof (2010) oder das Wuppertal-Institut erfolgt, in umfassender Weise für alle gesellschaftlichen Bereiche und Kontexte. Der Diskurs beschreibt hier Pioniere des Wandels als Akteure, die dazu beitragen, „Theorie und Praxis gesellschaftlicher Veränderung in Richtung Nachhaltigkeit zu vereinen“ (Shindelar 2013, S. 1).

Hier besteht auch ein Bezug zur Transformationsforschung, in deren Diskurs innovative, praxisbezogene Ansätze berücksichtigt werden und darin Prinzipien wie Partizipation, Langfristperspektive, Innovation und selbstreflexive Governance beinhaltet sind (vgl. Steuerer/Trattnigg 2010). Damit bekommt der Bezug zu den Akteuren eine eminente Bedeutung. Hierdurch, sowie durch mögliche Sektoren sowie Ebenen übergreifende Vernetzung von Einzelaktivitäten wird die Umsteuerung in eine nachhaltige Entwicklung ermöglicht bzw. erleichtert. Vor allem den vielfältigen kommunalen Basisbewegungen geht es um unmittelbare, schnelle und spürbare Veränderungen in Richtung nachhaltiger Lebensweise vor Ort und im Alltag (vgl. Voß 2015, Kristof 2014, Schneidewind 2013, Urban Gardening Manifest 2014). So wird beispielsweise in der Transition-Town-Bewegung explizit zum Ausdruck gebracht, dass nicht auf administrative Aktivitäten von oben gewartet werden soll, sondern dass der Handlungsdruck derart groß und akut sei, sodass sofort und unmittelbar zu handeln sei (z.B. Hopkins 2014).

Am Beispiel der Transition-Town-Bewegung und den Diskussionen in den engagierten und interessierten Kreisen zeigt sich ein wesentliches Merkmal dieser neueren kommunalen Basisbewegungen: die Akteure sind meist sehr gut informierte, gut gebildete Menschen aus verschiedenen Schichten, welche die verschiedenen globalen Krisen und Krisentrends als lokal relevant und lokal (mit-) verursacht ansehen – und daher ihre Motivation für Engagement beziehen.

Wie eingangs erwähnt, ist der Titel des hier vorgestellten Diskurses bzw. sein zentraler Begriff – „Kommunale Basisbewegungen“ ein Sammelbegriff (Omnibusbegriff). Mit ihm wird im Rahmen dieses Vorhabens eine Vielzahl von Aktivitäten und Trends auf der lokalen Ebene bezeichnet, die gemeinsame Merkmale aufweisen. Zu den gemeinsamen Merkmalen gehören:

- Thematisch liegt das Ziel der Aktivitäten dieser kommunalen Basisbewegungen in möglichst direkten spürbaren Beiträgen zur Erreichung bzw. Stärkung von Nachhaltigkeit.
- Die Aktivitäten und Prozesse sind dezidiert von Bürgerinnen und Bürgern initiiert und praktiziert („bottom-up“), Abhängigkeiten von Seiten der Kommunalverwaltungen werden (zumindest am Anfang) vermieden, Autonomie und Selbstorganisation sind wichtige Prinzipien.
- Bei vielen dieser Aktivitäten und Prozesse ist die Kultivierung, Bildung und Entwicklung von Gemeinschaft(en) wesentlich, so z.B. in extremer Form bei Ecovillages oder Wohnprojekten, aber auch Urban Gardening etc. sind auf gemeinschaftliches Miteinander ausgerichtet.

Kommunale Basisbewegungen umfassen ein sehr breites Spektrum unterschiedlicher Akteure und Akteurskonstellationen mit jeweils besonderen Ansätzen und Vorgehensweisen. Ebenso bringen sie unterschiedliche Ressourcen, Haltungen und Intentionen ein. In dieser Untersuchung von (Teil-) Diskursen werden drei neuere kommunale Basisbewegungen in den Fokus genommen: Bewegungen für Solidarische Ökonomie, Gemeingüter/Commons sowie das Urban Farming/Gardening. Es handelt sich dabei um Engagement-Muster und Bewegungen, die in ihren spezifischen Formen relativ neu und aktuell sind. Und sie sind nicht nur in einem Land oder einem Kulturkreis zu beobachten, sondern in zahlreichen Regionen, so dass von einer gewissen Kontinuität ausgegangen werden kann, zumal sie frühere historische Varianten ähnlicher Aktivitäten aufgreifen. Darüber hinaus sind dies Bewegungen, die sehr alltagsnah agieren und unmittelbar an ihren lokalen Bedarfen ansetzen. Sie kreieren und bieten niedrig-schwellige Ansatz- und Lösungsmöglichkeiten, und sie sind damit zusammenhängend auch direkt partizipativ und explizit gemeinschaftlich ausgerichtet. Zwischen ihnen gibt es thematische und konzeptionelle Überschneidungen, sowie solche in Bezug auf Akteure. Diese drei Beispielbereiche lassen sich als „Kollektive Formen der Produktion und des Leistungsaustauschs“ auf kommunaler Ebene bezeichnen. Sie bieten vor allem für kommunale Wirtschaftsförderung konkrete Ansatz- und Unterstützungsmöglichkeiten in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung (Kopatz 2015, S. 106).

Die drei Beispielbereiche:

- Solidarische Ökonomie (z.B. gemeinschaftliche Produktion und Nutzung von Gütern, Open Source-Projekte, u.v.m.)
- Commons-/Gemeingüter-Initiativen (z.B. Community Supported Agriculture, Allmende-Initiativen, Permakulturprojekte, Tauschringe, Leihläden)
- Urban Gardening-Projekte (z.B. interkulturelle und intergenerationale Gärten, Guerilla-Gardening, Urban Farming).

In passenden Textpassagen dieser Studie werden auch Beispiele und Verweise auf andere (Teil-) Diskurse und Ansätze der kommunalen Basisbewegungen (z.B. Transition Town, Ecovillages) eingebracht um das Gesamtbild abzurunden. Für die diese Diskurse ist in empirischer Hinsicht noch zu berücksichtigen, dass die mediale Bezugsebene nicht so sehr die im Rahmen des Gesamtvorhabens „Nachhaltigkeit 2.0“ ausgewählten überregionalen Massenmedien, sondern eher die lokalen bzw. regionalen von besonderer Bedeutung sind. Deren Analyse war im Rahmen dieses Vorhabens zeitlich nicht möglich und nicht vorgesehen.

In dem Diskurskomplex zu „Kommunalen Basisbewegungen“ werden die zu erwartenden kumulierten Wirkungen heutiger und absehbarer ökologischer, sozialer und ökonomischer Krisenprozesse („multiple Krise“) sehr bewusst berücksichtigt, und zugleich die Grenzen bzw. unzureichenden Effekte bisheriger Strategien, Politiken und Maßnahmen moniert. Insofern haben die Diskussionen aus den Projekten und über sie einerseits auch eine stark entlastende Funktion, indem sie die Verursacher oder die Major Player der heutigen nichtnachhaltigen (Miss-)Verhältnisse umgehen und „schonen“. Zugleich haben diese aber eine stark aktivierende Komponente, indem sie akute Defizite angehen. Sie nehmen Negativprognosen und damit verbundene Ängste ernst, thematisieren sie und leiten konkrete Verhaltensänderungen daraus ab. Sie verstehen sich teilweise sogar als Übungsterrain für existenzielle landwirtschaftliche und gemeinschaftliche Aktivitäten und Beziehungsmuster (Ernährungssicherheit, Anbaumethoden, Arbeitsteilung) mit dem Anspruch, in für möglich gehaltenen, künftigen harten Krisenzeiten vorbereitet zu sein. Sie zielen darauf ab, basale Fertigkeiten zu erlernen, die in hochmodernen arbeitsteiligen Gesellschaften für die meisten Bürgerinnen und Bürger nicht mehr verfügbar bzw. verlernt worden sind (insb. Nahrungsmittelanbau, Handwerk). In Krisenzeiten sind komplexe, hochtechnisierte Gesellschaften besonders anfällig für Störungen, beispielsweise durch Stromausfälle oder Störungen anderer Versorgungssysteme und Infrastrukturen. So können großflächige und lang andauernde „Blackouts“ ganz erhebliche, sogar katastrophale Ausmaße annehmen (vgl. TAB 2011).

Zu den erwähnten Be- und Überlastungen zählen auch solche sozial-kultureller Art: Beschleunigung und allgegenwärtige Leistungsanforderungen und -steigerungen erschöpfen zunehmend auch persönliche Kapazitäten und Ressourcen und überschreiten Schwellen der Handhabbarkeit. Psychische und psychosomatische Erkrankungen nehmen zu, Erschöpfungszustände und Burn-out-Syndrome verbreiten sich, oder sie werden zumindest öffentlich intensiv erörtert (Kury 2012, Müller 2012, HBS 2013). Auch in der Transition Town Bewegung (Hopkins 2014) und in Diskussionen über Ecovillages bzw. dort selbst werden sie thematisiert (Litfin 2014, Lambing 2014, Einfach gut leben e.V. 2014 und 2007).

Hinzu kommen die meist unerwähnten Zerstörungen und Belastungen der bisher nicht-nachhaltigen städtischen Lebensweisen für andere Länder und Gesellschaften, vornehmlich im globalen Süden (vgl. Brand/Wissen 2017, WBGU 2016). Dies wird häufig nur in den lokalen Eine-Welt-Projekten und Initiativen thematisiert und verbleibt meist im Abstrakten.

4 Wesentliche Akteure, Storylines, Diskurskoalitionen

Die Diskussionen über kommunale zivilgesellschaftliche Aktivitäten sind sehr vielfältig und von unterschiedlichen Präferenzen und Interessen geprägt sowie auf sehr diverse Praktiken bezogen. Damit sind auch sehr verschiedene Akteure aus Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft in unterschiedlichem Maße involviert. Aus dem breiten Feld an Diskursen, Konzepten und praktischen Projektansätzen wird hier – wie vorgesehen – fokussiert auf Urban Gardening, Commons und Solidarische Ökonomie. Dabei werden Überschneidungen sowie Aspekte aus der internationalen Diskussion berücksichtigt.

4.1 Wissenschaft

Im den Politikwissenschaften gibt es eine lange, wenngleich nicht sehr umfangreiche Forschungstradition in Bezug auf lokale Politik und soziale Basisbewegungen, die bis in die 1920er Jahre zurückreicht, in den 1970er Jahren erneut aufgegriffen und im weiteren historischen Verlauf weiter ausdifferenziert wird (z.B. „lokale Politikforschung“ durch H. Naßmacher, C. Offe et al.). Im Zuge der weiteren Diskussionen wird dann stark auf Nachhaltigkeit Bezug genommen und der Ansatz Lokale Agenda 21 empirisch untersucht und konzeptionell erörtert und ausdifferenziert (z.B. Brand/Jochum 2000, Brand 1997).

In den vergangenen Jahren widmen sich vereinzelt auch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler den neuen kommunalen Basisbewegungen, wobei es sich meist um progressive, gesellschaftlich engagierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler handelt, die jenseits des wissenschaftlichen Mainstreams positioniert sind und eher selten rezipiert werden. Dieser Umstand entspricht bspw. auch anderen Themenbereichen der Nachhaltigkeit. Insbesondere ist dies in ökonomischen Disziplinen festzustellen, in denen nachhaltiges Wirtschaften oder Ökologische Ökonomie bisher nur eine sehr marginale Rolle spielen (siehe dazu kritisch Rogall 2012).

Aufgrund der besonderen Merkmale kommunaler Basisbewegungen – wie u.a. ein hoher Grad an Informalität und Dynamik – ist die wissenschaftliche und empirische Befassung mit diesen sehr voraussetzungs- und mühevoll. Daher kritisierte Uwe Schneidewind in seiner Stellungnahme vor dem Deutschen Bundestag im Februar 2012 die Forschungspolitik (hier vor allem auch die Nachhaltigkeits- und Transformationsforschung) in Bezug auf die Einbeziehung der Zivilgesellschaft als „massiv defizitär“ (Schneidewind 2012, S. 2). Er wies darauf hin, dass eine „Transformationsforschung auf ‚Labore‘ als Forschungsinfrastrukturen angewiesen“ ist, auf lebendige lokale Experimente und Projekte. Hierzu empfahl er, diese sich heute in Städten und Regionen bereits vollziehenden Prozesse und Aktivitäten im Sinne von „Reallaboren wissenschaftlich systematischer zu begleiten und aufeinander zu beziehen“ (ebd.). Der Forschungsansatz „Reallabor“ wird inzwischen in verschiedenen Forschungsprojekten angewendet. Außerdem werden auch Ökodörfer (Lambing 2014) und die Transition-Town-Bewegung (Hopkins 2014) inzwischen eingehender untersucht – in engem Austausch mit den engagierten Personen und Beteiligten. Auch diese Arbeiten finden bislang lediglich in kleinen Nischen der wissenschaftlichen Diskurse statt, doch die Erfahrungen sind vielversprechend (Schäpke et al. 2016).

4.1.1 Urban Farming/Gardening

Im Sinne der kubanischen und US-amerikanischen Idee des Community Gardening der 1970er Jahre entwickeln sich seit Beginn der 2000er Jahre in Deutschland urbane Gärten in Großstädten wie Berlin oder Köln, sowie in anderen Mittelstädten. Idealtypisch läuft dies wie folgt ab: Zwei oder drei Personen suchen und finden innerhalb der Städte Nutzflächen, die ungenutzt sind. Diese werden nun nach Freigabe durch die Stadtverwaltung unter dem Prinzip des Do-it-Yourself zu einem Garten umgestaltet. Im Zuge dessen entstehen zugleich Gemeinschaften, die sich im Laufe der Zeit eine bestimmte ideelle Richtung geben: als Nachbarschafts- und Gemeinschaftsgarten, Kunstgarten, intergenerationaler oder interkultureller Garten. Diese Gärten beruhen auf den Prinzipien des Community Organizing (Rothschuh 2015), der Solidarität (Habermann 2011), Selbsthilfe (siehe Genossenschaften). Sie stellen somit einen Gegenentwurf zur Vereinzelung und Vereinsamung dar (Meyer-Renschhausen 2012), besonders im urbanen Kontext, sowie allgemein zum Kapitalismus (Urban Gardening Manifest 2014), um ökologische Grundwerte zu erhalten oder zu produzieren (Müller 2012).

Den wissenschaftlichen Diskurs der Urban-Gardening-Bewegung im deutschsprachigen Raum prägte maßgeblich die Publikation „Urban Gardening – Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt“ von Christa Müller (2012). Gründe für die Urban-Gardening-Bewegung sieht Müller in einem aufkommenden neuen Verständnis der Stadt in der „das Verhältnis von Kultur und Natur [...] neu verhandelt“ wird (Müller 2012, S. 22). Urban Gardening sei ebenfalls ein Ausdruck neuer Formen von Sozialität und Kollektivität. Müller stellt die Frage, ob der Garten in der Stadt „das Modell einer besseren Gesellschaft“ repräsentiere (2012, S. 24). Demnach steht die Urban-Gardening-Bewegung mit der Ressourcenkrise und dem Aufbau postfossiler Wohlstandsmodelle in Beziehung. Als ein weiteres Phänomen beschreibt Müller die Sensibilisierung der sogenannten Digital Natives für die Folgen der Externalisierung in die Dritte-Welt-Länder. Müller spricht von „postmodernen Ethiken“, welche an „Hedonismus und Selbstversorgung in der komplexen Welt“ gekoppelt sind (ebd., S. 26). Eine politische Dimension sieht Müller in dem Anspruch nach Ernährungssouveränität und unbearbeiteten hochwertigen Nahrungsmitteln einiger Aktivisten. Der Umgang mit politischen Themen hat jedoch vor allem starke pragmatische Züge. Es geht darum, „bei sich selbst anzufangen und vor Ort überschaubare Alternativstrukturen aufzubauen“ (Müller 2012, S. 27 ff., ähnlich von der Haide 2012).

4.1.2 Commons

Der wissenschaftliche Diskurs um die Commons, im Deutschen als Gemeingüter oder Allmende bezeichnet, wird in den letzten Jahren wieder sehr kontrovers geführt. Dabei wird die Frage nach dem Wesen der Gemeingüter und welche Rolle der Umgang mit ihnen im Transformationsprozess hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft spielen kann erörtert. Diskursprägend im deutschen Raum waren in den letzten Jahren vor allem Helfrich (2012) und Habermann (2011). Helfrich verweist auf die verschiedenen Grundbausteine des Commons-Begriffs und macht damit deutlich, dass nicht die materielle Beschaffenheit des Gutes allein ein Gemeingut ist, sondern, dass man erst von einem Gemeingut sprechen kann, wenn diese von Menschen nach bestenfalls selber ausgehandelten Regeln genutzt werden. Je nach Art des Gemeingutes (Land, Luft, Wissen usw.) müssten die Regeln und das Maß der Mitbestimmung von Bürgern immer neu ausgehandelt werden (Helfrichs, Stein 2011).

Drei Grundbausteine sind daher für den Commonsbegriff von besonderer Wichtigkeit. Der erste Baustein ist materiell; er bezieht sich auf die Ressourcen selbst: das Wasser, der Boden, der genetische sowie der digitale Code, die Kulturtechniken und natürlich die Erdatmosphäre. All das und viel mehr sind „Gemeinressourcen“ (common pool resources). Jeder Mensch hat prinzipiell das gleiche Recht sie zu nutzen. Sie wurden von keinem Einzelnen erzeugt und stehen keinem Einzelnen zu. Der zweite Baustein ist sozial; er verweist auf die Menschen, die diese Ressourcen in Anspruch nehmen. Die Idee der Gemeingüter ist ohne die Bindung an konkret handelnde Menschen in bestimmten sozialen Umgebungen nicht denkbar. Die Gemeinschaft oder all jene Menschen, die gemeinsam eine Ressource nutzen, machen Ressourcen überhaupt erst zu Gemeingütern. Der dritte Baustein ist regulativ; er umfasst die Regeln und Normen, die im Umgang mit Gemeingütern gelten. (Helfrichs/ Stein 2011, S.11)

Die Umgangsweisen mit Gemeingütern und deren Effekte wurden von der Ökonomin Elinor Ostrom erforscht, die für ein polyzentrisches Governance-Prinzip warb, welches für die Selbstorganisation eintritt: „Statt eines einzigen Modells, das eine Vielzahl von Problemen vor Ort zu bewältigen hat, entstehen aus einer polyzentrischen Theorie Prinzipien für das effiziente Design lokaler Institutionen, die von informierten und engagierten Bürgern und Behörden angewendet werden können.“ (Helfrichs, Stein 2011, S.12)

Habermann (2011) wendet sich darüber hinaus gegen eine synonyme Verwendung der Begriffe Commons und Gemeingüter und schlägt eine Differenzierung vor. So seien Gemeingüter offen zugängliche Güter, die vernutzt würden. Dieser Begriff stehe auch synonym für die kapitalistische Ausbeutung der Gemeingüter. Commons hingegen seien gemeinsame Güter, welche auch gemeinsam verwaltet würden. Die gemeinsame Organisation der Güter, welche von Linebaugh mit dem Verb „communing“ beschrieben wird, sei hierfür das zentrale Merkmal. Mit der Betonung der sozialen Interaktion mit den Gütern in Form von Nutzungsrechten und Regelungen sowie komplexen Aushandlungsprozessen durch Habermann und Helfrichs versuchen sie gleichsam die Diskurs - bestimmende Metapher der „Tragik der Allmende“ zu entkräften. Im gleichnamigen Essay von Hardin aus dem Jahr 1968, stellte dieser die These auf, dass der Mensch dazu neige, nur seinen eigenen Nutzen zu maximieren. Gemeingüter, wie Land, würden dabei gewissermaßen „automatisch“ übernutzt. Der daraus entstehende Schaden treffe wiederum jedes Individuum, in welchem die Tragik der Allmende liege. Habermanns prägte den Begriff der „Ecommony“ und betont damit die „Möglichkeit eines gesamtgesellschaftlichen nicht-kapitalistischen Wirtschaftens“(Habermann 2015, S.46).

In diesem Kontext prognostiziert auch Jeremy Rifkin, der die Commons als Paradigma des 21. Jahrhundert bezeichnet, welche durch die sich verbreitende Digitalisierung die ökonomische Dominanz erhalten würden, ein Ende zumindest der heutigen Formen des Kapitalismus:

Es sind eben diese Besonderheiten im Design des Internets der Dinge, die die sozialen Commons aus ihrem Schattendasein holen und ihnen eine Hightech-Plattform geben, die sie zum dominanten ökonomischen Paradigma des 21. Jahrhunderts machen wird. (...) Die Plattform verwandelt jeden in einen Prosumenten und macht jede Aktivität zur Zusammenarbeit. (Rifkin 2014, S. 36)⁴

⁴ Der Begriff „Prosument“ bezeichnet eine Ergänzung vom bloß „passiven“ Konsumenten, indem eine aktive sowie mehr oder weniger intensive Mitgestaltung bei der Konzipierung von Produkten in unterschiedlichen Settings praktiziert wird. Der Begriff "Prosument" hat sich aus "Produzent" und "Konsument" herausgebildet.

4.1.3 Solidarische Ökonomie

Im Folgenden wird der Begriff „Solidarische Ökonomie“ verwendet, um mehrere sehr ähnliche Ansätze bzw. Begriffe zu bezeichnen, die in der Literatur teilweise synonym verwendet werden: Alternative Ökonomie, Community Economy, Dritter Sektor, Gemeinwesenökonomie, Lokale Ökonomie, Solidarische Ökonomie, Soziale Ökonomie, Soziale und Solidarische Ökonomie usw.

Der wissenschaftliche Diskurs über Solidarische Ökonomie wird vornehmlich durch „progressive“ Akteure, Forschungsgruppen, Medien und beteiligte NGOs praktiziert und gefördert. Hierbei überlappen sich der gesellschaftliche und der wissenschaftliche Diskurs, was letztlich auch mit einer offeneren Ausrichtung mancher Wissenschaftlergruppen in die gesellschaftlichen Zusammenhänge hinein (inkl. Citizen Science) und dem Forschungsansatz „Reallabore“ zusammenhängt. Schließlich speist sich der Diskurs unmittelbar aus praktischen Erfahrungen der Aktivisten und konkreten, im Alltag auftauchenden Problemen und Herausforderungen.

Der Begriff selbst wurde in Deutschland erst in den letzten etwa zehn Jahren breit eingeführt und besetzt. Ein Meilenstein war hierfür der Kongress mit dem Titel „Wie wollen wir wirtschaften? Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus“, der im November 2006 stattfand und den Diskurs sehr prägt. Das Konzept und der Begriff „Solidarische Ökonomie“ gewann dadurch Anschluss an die schon breitere Verwendung im anglo-sächsischen Bereich („solidarity economy“), wo das Phänomen bereits früher auftrat und thematisiert worden ist.

Eine Definition für Solidarische Ökonomie aus dem deutschen Diskurs lautet: „Formen des Wirtschaftens, die menschliche Bedürfnisse auf der Basis freiwilliger Kooperation, Selbstorganisation und gegenseitiger Hilfe befriedigen (Ripess 1997). Das Prinzip der Solidarität steht dabei im Gegensatz zur Orientierung an Konkurrenz, zynischer Eigenverantwortung und Gewinnmaximierung in kapitalistischen Marktwirtschaften. Solidarität in der Wirtschaft bedeutet, sich an den Bedürfnissen der KooperationspartnerInnen zu orientieren – und zwar nicht nur kurzfristig. Damit emanzipieren sich die AkteurInnen von der durch den Markt vorgegebenen Handlungslogik. Solidarität kann dabei sowohl auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit (z.B. gemeinschaftliche Selbsthilfe) als auch auf Umverteilung beruhen (Coutrot 2005: 114). Der Begriff der Solidarität verweist ferner auf die Freiwilligkeit von Kooperation und gegenseitiger Hilfe. Damit beinhaltet die Idee der Solidarischen Ökonomie den Anspruch von Selbstorganisation und Demokratie.“

Eine solche Ökonomie auf solidarischer Basis ist aus der Sicht des Neoliberalismus eine Fehlallokation von Ressourcen und widerspricht der angestrebten Maximierung von Innovation und Konkurrenz. Es handelt sich also um solidarische ökonomische »Alternativen, die es eigentlich gar nicht geben dürfte« (Altvater 2006; ähnlich Giegold 2008, S.12f).

Kontroversen im wissenschaftlichen Diskurs der Solidarischen Ökonomie beziehen sich auf die Frage, wer zur Solidarischen Ökonomie dazugehört und welche Akteure nicht. Strittig ist zum Beispiel, ob eine Unterscheidung zwischen „Sozialer“ und „Solidarischer“ Ökonomie vorgenommen werden sollte. Auch wird darüber diskutiert, ob eine nach innen gerichtete Solidarität ausreichend ist, um als Solidarische Ökonomie bezeichnet zu werden. Zudem fordern einige Akteure eine Ökonomie zu fördern, „die eindeutig den Prinzipien des Internationalen Genossenschaftsbundes entspricht, wenn sie sich auch nicht immer in der genossenschaftlichen Rechtsform abspielen muss“ (Giegold 2008, S. 14). Wie bei allen sozialen Bewegungen kann auch eine Solidarische Ökonomie wohl gelingen, wenn „die Gemeinschaft einen guten Weg des Miteinander findet und eine für sie passende Kultur der Kommunikation entwickelt“ (Voss 2015). Dies stellt erfahrungsgemäß einen großen Anspruch dar, den einzulösen keineswegs trivial ist.

4.2 Politik

4.2.1 International

Urban Gardening

Der Diskurs über Urban Gardening spielt in den internationalen politischen Diskussionen eine eher untergeordnete Rolle. In einer umfassenden, sich auf Stadtentwicklung beziehenden Weise wird er vor allem durch das Konzept CPUL (Continuous Productive Urban Landscapes) artikuliert (Viljoen 2005). Dieser Ansatz der „Produktiven Stadtlandschaft“ ist ein städtebauliches architektonisches Konzept, welches städtische Nahrungssysteme ökologischer gestalten möchte. Ein grünes Netz soll die Stadt durchziehen, welches sowohl zur Obst- und Gemüseproduktion, als auch zur Erholungsfläche für Menschen dienen und zu einem wichtigen Bestandteil der städtischen Infrastruktur werden soll. Zum Aufbau und Erhalt derartiger Produktiver Landschaften müssen das Engagement von Bottom-Up-Initiativen und zusätzlich eine gezielte Top-down-Förderung von Seiten der Stadtverwaltungen zusammenkommen. Daneben wird auf die praktischen und politischen Ansätze in lateinamerikanischen Ländern verwiesen, wo beispielsweise in Kuba im Zuge der einschneidenden Versorgungskrise der 1990er Jahre nach dem Wegfall der realsozialistischen Handelspartner in Osteuropa („Spezialperiode in Friedenszeiten“) recht erfolgreiche Maßnahmen im Sinne einer Kombination aus „bottom-up“ und „top-down“ ergriffen worden sind und internationale Anerkennung fanden.⁵

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung setzt bei der Stadtentwicklung in Entwicklungsländern bisher hingegen sehr auf die Ausbreitung von Informations- und Kommunikationstechnologien und das derzeit verbreitete technokratische Smart-City-Konzept (top-down-Ansatz). Eine parlamentarische Anfrage gegenüber dem BMZ, inwiefern Städte in Entwicklungsländern auf dem Weg zu einer in diesem Kontext relevanten Ziel einer Transition Town-Strategie (also einem bottom-up-Ansatz) wären, blieb unbeantwortet (BMZ 2014b).

Commons

Die Lage der Commons sowie der darauf bezogene internationale politische Diskurs ist vor allem dadurch gekennzeichnet, dass diese in politischen Institutionen bislang „weder Sitz noch Stimme“ haben (Helfrichs 2008, S.33). Da Gemeingüter, zumal aus globaler Sicht, in ihrer Ausprägung sehr unterschiedlich sind, müssten „neue und innovative Institutionen für Gemeingüter [...] notwendigerweise so divers [sein] wie die Gemeingüter selbst“ (ebd. S.33). In Bezug auf die Gemeingüter Wasser und Land/Boden gibt es in vielen Staaten bereits gesetzliche Regelungen. Das aus der englischen Common Law stammende „Riparian Prinzip“ besagt, dass Landbesitz mit Wasserquelle nur gemeinsam verwaltet und veräußert werden darf, um Wassernutzungsrechte für Alle zu garantieren. Das Prinzip wird derzeit in Kanada, Australien und in einigen Regionen der USA angewendet. In Bezug auf Landnutzung wurden von der „African Land Policy Initiative“ sogenannte *Voluntary Guidelines for the Responsible Governance of Tenure of Land, Fisheries and Forests* (VGGT) und das *Framework and Guidelines on Land Policy in Africa* (F&G) festgelegt. Beide Dokumente stärken die Legitimation von gemeinschaftlichem Eigentum und somit auch die Commons.

⁵ Siehe hierzu Müller 2012 und Kälber 2011, sowie die Ergebnisse der „International Urban Farming Conference. Konzepte für nachhaltige Städte“ in Berlin vom Oktober 2017 (siehe www.grueneliga-berlin.de).

Um die Nutzung von Gemeingütern umfassender und effektiver als bisher politisch zu regeln wird die Einrichtung von Treuhandorganisationen für die Commons, sogenannte „common trusts“ diskutiert. Diesen käme die Aufgabe zu, Nutzungsgrenzen zu bestimmen, um mit Blick auf zukünftige Generationen einen gerechten und nachhaltigen Umgang für natürliche Gemeingüter zu organisieren, zu kontrollieren und so den Schutz der Gemeingüter rechtlich zu stärken. Die „common trusts“ könnten sowohl auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene operieren (Helfrichs, Kuhlen, Sachs 2008, S.33).

Solidarische Ökonomie

In manchen anderen Staaten wird der Aufbau der Solidarischen Ökonomie bisher stärker vorangetrieben als in Deutschland. Hervorzuheben sind hier die Länder Spanien, Italien und Portugal, in denen die Förderung der Solidarischen Ökonomie Verfassungsrang erlangt hat. Dies basiert auf einer langen syndikalistischen Tradition und gemeinschaftsorientierten Kultur in diesen Ländern. Derzeit fördert insbesondere Brasilien den Aufbau einer Solidarischen Ökonomie. Die brasilianische Bundesregierung, die einzelnen Bundesstaaten und zahlreiche Kommunen unterstützen dort die Bewegung der Solidarischen Ökonomie. Ähnliches ist teilweise auch in Venezuela, Ecuador und Bolivien zu beobachten, was dort u.a. mit der gezielten Unterstützung von Kommunen und lokalen (indigenen) Gemeinschaften zusammenhängt. Allerdings sind manche dieser Entwicklungen durch einen politischen Rechtsruck gefährdet. Darüber hinaus haben sich Netzwerke und Gruppen für Projekte im Bereich der Solidarischen Ökonomie, wie die Consortia in Italien und die Mondragon-Gruppe in Spanien (Baskenland), als sehr wirksam und erfolgreich erwiesen.⁶

In Polen, Spanien, Quebec, Costa Rica und im Baskenland wurden regionale und nationale Räte für Solidarische Ökonomie eingesetzt, um entsprechende Initiativen und Projekte zu fördern (Giegold 2008, S.288ff).

4.2.2 National

Urban Gardening

Der Begriff Urban Gardening ist im politischen Diskurs und speziell in der deutschen Parteienlandschaft vor allem bei den Bündnis 90/Die Grünen und bei der Partei Die Linke relevant. Bei den parteinahen Stiftungen beteiligt sich insbesondere die Konrad-Adenauer-Stiftung sowie die Rosa-Luxemburg-Stiftung mit Veranstaltungen und Publikationen am Diskurs über Urban Gardening. Auch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit nimmt die Urban-Gardening-Bewegung auf. So wird das Thema Urban Gardening im „Grünbuch Stadtgrün“ ausführlich behandelt. Mit dem Grünbuch Stadtgrün möchte das BMUB zum weiteren Ausbau einer „Grünen Infrastruktur“ beitragen und so gegen die negativen Begleiterscheinungen der zunehmenden Urbanisierung angehen. Im Vorwort betont Bundesumweltministerin Hendricks die Wichtigkeit bürgerlichen Engagements und Wissens für die Umsetzung einer grünen Stadt, und nennt z.B. Urban Gardening, Gemeinschaftsgärten und Aktionstagen zur Parkpflege als verbreitete Gestaltungsmöglichkeiten.

⁶ Siehe z.B. Wright 2010. Zu Mondragon speziell: <http://www.mondragon-corporation.com/language/de-DE/DEU.aspx> sowie http://de.wikipedia.org/wiki/Mondragon_Corporation. (Zugriff am 4.04.2016)

ten der unmittelbaren Umgebung der Bürgerinnen und Bürger. Auch in Zeiten knapper Kassen müsse es gelingen, bestehendes Grün zu erhalten und wo möglich neue Grünflächen zu entwickeln. Weiter heißt es dort: „Dafür benötigen wir das Fachwissen aus Wissenschaft und Praxis genauso wie Kenntnisse über die Anforderungen, die die Nutzer heute und in Zukunft an ihre Umwelt stellen. Ich lade Sie ein, mitzudiskutieren und unsere Städte von morgen mitzugestalten.“ (Grünbuch Stadtgrün 2015, S. 6)

Mittlerweile werden Urban-Gardening-Initiativen teilweise finanziell und durch Forschungsförderung von Bundesministerien und Behörden unterstützt. Die Stadt Stuttgart fördert beispielsweise die Gründung von Urban-Gardening-Aktivitäten auf Flachdächern und Brachflächen mit bis zu 5.000 € und bis zu 1.000 € jährlich für deren Betrieb und Erhaltung. Des Weiteren ist Stuttgart die erste Stadt Deutschlands, die einen hauptamtlichen Koordinator für urbanes Gärtnern eingestellt hat, welcher diesen Gartenbau koordiniert sowie Akteure vernetzt und berät.⁷ Ähnlich umfassende Maßnahmen werden seit mehreren Jahren von der Stadt Andernach durchgeführt – mit hoher Beteiligung der Bevölkerung. In den letzten Jahren hat sich in den Projekten des Urban Gardening der Aspekt der sozialen Integration besonders stark entwickelt, indem in manchen Projekten verstärkt Geflüchtete einbezogen worden sind und werden.

Commons

Der Commons-Diskurs wird auch in Deutschland im politischen Bereich gepflegt, allerdings nur in Teilen der SPD und bei Bündnis 90/Die Grünen. Bei den parteinahen Stiftungen sind insbesondere die Rosa-Luxemburg-Stiftung und die Heinrich-Böll-Stiftung am Diskurs beteiligt. Der Report „Gemeingüter – Wohlstand durch Teilen“ der letztgenannten Stiftung kann hierfür als diskursprägend angesehen werden. In der Publikation wird eine Vision für die künftige Rolle der Gemeingüter formuliert, welche eine breite politische Anschlussfähigkeit zum Ausdruck bringt:

Dieser Report zeigt: Die Idee der Gemeingüter kann die unterschiedlichen Bewegungen zusammenbringen. Das ist ihre Stärke. Sie erlaubt, die Vielfalt der praktischen Ansätze und Projekte zu einer gemeinsamen Strategie zu bündeln, ohne auf weltanschauliche Vielfalt zu verzichten. (Helfrichs, Kuhlen, Sachs et al., 2010, S. 44)

Schließlich sind im Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen zur Bundestagswahl 2013, wie auch im gesellschaftlichen Diskurs, der Begriff der „creative commons“ von dem der Gemeingüter abgegrenzt. Während der „creative commons“ Diskurs die Möglichkeiten eines fairen „Urheberrechtes für das 21. Jahrhundert“ behandelt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 2013, S. 198), wird der Diskurs um Gemeingüter sehr deutlich und explizit auf Nachhaltigkeit und ein zukunftsfähiges Wirtschaften bezogen: „Um Wirtschaftskreisläufe langfristig regenerativ und nachhaltig auszurichten, ist darüber hinaus eine noch stärkere zentrale Verankerung des Nachhaltigkeitsprinzips über Anpassungen im Wettbewerbs- und Vermögensrecht notwendig und sollte auch auf kulturelle und soziale Gemeingüter ausgedehnt werden, um deren volle Vielfalt vor Ausbeutung und damit langfristiger Zerstörung durch Wirtschaftsprozesse zu schützen.“ (ebd., S. 71).

Bei der Partei Die Linke wird ebenfalls die Unterscheidung zwischen Wissensgütern und Ressourcen vollzogen. Des Weiteren werden die „creative commons“ und die Gemeingüter wie Land und Wasser in einem Kapitel ihres Parteiprogramms behandelt. In jenem Programm heißt es, dass weiter diskutiert werden soll, „wie Formen von bedarfsorientierter, demokratisch organisierter und solidarischer

⁷ Sie auf der Webseite: <http://www.welt.de/regionales/baden-wuerttemberg/article145323719/Machen-Sie-ihr-Flachdach-zum-Gemuesegarten.html>

Produktion und Nutzung unterstützt werden können und welche Bedeutung den »Commons« und der Gemeingüterwirtschaft dabei zukommt“ (Die Linke 2013, S. 29f.).

Solidarische Ökonomie

Der politische Diskurs über Solidarische Ökonomie ist im internationalen Vergleich bisher in Deutschland nur schwach ausgeprägt und wenig verbreitet. Der Diskurs wird vor allem von der Partei Die Linke und ihrem Umfeld sowie von der Friedrich-Ebert-Stiftung geführt. Wichtiger Akteur im Diskurs ist zudem die globalisierungskritische Nichtregierungsorganisation attac, die jedoch die Bewegung der Solidarischen Ökonomie bisher nur punktuell unterstützt. Auch die Gewerkschaften sind in ihrer Unterstützung von Diskurs und Praxis eher zurückhaltend. Giegold (2008) schätzt die politischen Rahmenbedingungen für Unternehmungen im Bereich Solidarischer Ökonomie in Deutschland als ungünstig ein, da es unter anderem noch nicht gelungen sei eine Dachorganisation zu gründen, was vor allem an der starken Zersplitterung der Bewegung liege. Als Ausnahme nennt er den Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaft (ZdK), der bei Unternehmungen im Bereich Solidarischer Ökonomie unterstützend tätig sei. Eine aktive politische Förderung der Solidarischen Ökonomie wird derzeit bei der Linken und bei den Grünen diskutiert (Giegold 2008, S. 16ff.). Die Linke will eine stärkere Förderung der Genossenschaften erreichen um eine Solidarische Ökonomie zu unterstützen (2013: 29). Und Bündnis 90/Die Grünen (2013: 69) wollen verschiedene Ansätze der Solidarischen Ökonomie als Form des alternativen Wirtschaftens unterstützen, wie zum Beispiel durch die Direktvermarktung von Ökostrom aus Genossenschaften und Bürgergemeinschaftsanlagen, die Entbürokratisierung der genossenschaftlichen Rechtsform oder die Förderung ressourcenschonender Geschäfts- und Dienstleistungsmodelle (wie beispielsweise dem Car-Sharing).

Die Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure für die Umsetzung einer urbanen Transformation wird unter anderem vom BMBF in der Strategischen Forschungs- und Innovationagenda Zukunftsstadt thematisiert: „Die nachhaltige Entwicklung der Städte gelingt nur gemeinsam mit den Bürgern. Diese müssen verstärkt und als gleichberechtigte Partner in die Transformation der Stadt und ihrer Infrastruktur eingebunden werden, um entscheidende Impulse einzubringen und hiermit die Akzeptanz zu sichern.“ (BMBF 2015, S.12) Hierzu sollen neuen Verfahren und Instrumente für urbane Teilhabe sowie Reallabore für soziale und technische Innovationen, und weitere neue Formen von sozialem Engagement der Zivilgesellschaft unterstützt werden. Dabei sei zu analysieren, welche Eigenlogiken die unterschiedlichen Akteure in urbanen Gemeinschaften leiten, und zugleich sollten gesamtstädtische und kleinräumliche Visionen für zivilgesellschaftliche Akteure und NGOs unterstützt werden. Die kommunalen Basisbewegungen und die hier behandelten Themen der Commons, des Urban Gardening und der Solidarischen Ökonomie werden zwar nicht explizit genannt. Die Ziele der Strategischen Forschungs- und Innovationagenda Zukunftsstadt fußen jedoch auf ähnlichen Prinzipien für die Umsetzung nachhaltiger Entwicklung und dürften sich daher mit großer Wahrscheinlichkeit positiv auf die Umsetzung der Initiativen der unterschiedlichen Akteure auswirken und die entsprechenden Diskurse auswirken, und diese unterstützen und bereichern.

4.3 Gesellschaft

4.3.1 Urban Gardening

Die Urban-Gardening-Bewegung konzentriert sich im gesellschaftlichen Diskurs bisher noch auf die unmittelbar involvierten Akteure und interessierte Milieus. Auf Internetseiten wie stadtacker.net oder auf den Internetpräsenzen der städtischen Gärten selbst (z.B. prinzessinnengaerten.net) wird das Konzept beschrieben und zur aktiven Beteiligung aufgerufen. In manchen Städten werden die Gärten mittlerweile als touristische Attraktion beworben, die von einem neuen urbanen Lebensgefühl von Natur in der Stadt (Landlust 2.0) geprägt sind.⁸ Die meisten deutschen Leitmedien berichten gelegentlich über die Bewegung des Urban Gardening. Gezielte und systematische Öffentlichkeitsarbeit für Urban Gardening und andere Formen urbaner Subsistenz leistet vor allem die Stiftungsgemeinschaft *anstiftung & ertomis*. Wanderausstellungen wie „Carrot city /Die produktive Stadt“ und „Wovon Menschen leben“ machen die Urban-Gardening-Bewegung und einen engagierten, reflektierten Lebensstil jenseits einer kapitalistischen Marktlogik für breitere Bevölkerungsschichten erfahrbar.⁹ Ein Indiz für die weitere Resonanzfähigkeit des Ansatzes sind Neuerscheinungen auf dem Zeitschriftenmarkt, hier insbesondere erfolgreiche Publikums- bzw. Lebensstilzeitschriften wie „Landlust“. Auch der medial flankierte Trend zu gesunden und anspruchsvollen, nachhaltigen Ernährungsweisen (vegetarisch, vegan) deutet auf ein gewisses Potenzial für derartige Lebensweisen oder zumindest Orientierungen bzw. Interessen hin.

4.3.2 Commons

Gesellschaftlich lassen sich in diesem Diskurs zwei Stränge unterscheiden: Die Diskussion um die „creative commons“ in Bezug auf ein modernes Urheberrecht einerseits, und andererseits die Diskussion um den Schutz natürlicher Gemeingüter. Die Diskussion um die Commons in Kultur, Bildung und Wissenschaft ist bisher gesellschaftlich stärker ausgeprägt. So finden sich hierzu bei den Leitmedien *Zeit* und *Spiegel* wesentlich mehr Einträge (siehe Hinweis im Anhang). Die natürlichen Gemeingüter werden im gesellschaftlichen Diskurs zusammen mit Zertifikaten im Emissionshandel thematisiert. Auch ist im gesellschaftlichen Diskurs die Verwendung dieses Begriffs sehr stark mit dem US-Autor Jeremy Rifkin verbunden, der u.a. die SPD beraten hat.

Kommunikation und Verbreitung des Ansatzes erfolgt durch die Aktivisten vor allem über digitale Medien in Form von Blogs und Internetseiten (<https://commonsblog.wordpress.com/>). Darüber hinaus gibt es (noch) relativ wenig Resonanz dafür.

4.3.3 Solidarische Ökonomie

Der gesellschaftliche Diskurs über Solidarische Ökonomie ist in den Leitmedien so gut wie nicht vertreten. Stärker diskutiert werden aktuelle Ansätze und Begriffe wie die „Sharing Economy“, welche das Tauschen von Waren, Wohnraum, Essen oder Dienstleistungen bezeichnet. Sharing Economy wird als alternative Wirtschaftsform und gleichzeitig als Wachstumsmarkt diskutiert – mit jeweils unterschiedlichen Effekten in Bezug auf Nachhaltigkeit.

⁸ Siehe hierzu <http://www.merian.de/magazin/urban-gardening-berlin.html> (Zugriff am 4.04.2016)

⁹ Siehe hierzu <http://anstiftung.de/> (Zugriff am 4.04.2016)

4.4 Wirtschaft

Die Transformation zu einer nachhaltigen Entwicklung und entsprechenden Lebensstilen kann nur gelingen, wenn neben technischen auch soziale Innovationen und kultureller Wandel erfolgen (vgl. Aderhold, Mann, Rückert-John, Schäfer 2015 sowie Haderlapp und Trattnigg 2013). Aus Sicht der neueren Wirtschaftswissenschaften bietet die ökonomische Neoklassik hierfür nur begrenzt Lösungen an, stellt teilweise ein Hindernis für eine zukunftsfähige Entwicklung dar. Die ökologische Ökonomik und ähnliche Ansätze schlagen daher eine systemische Betrachtung von komplexen, dynamischen und adaptiven Systemen vor (z.B. Rogall 2012). Auch das Bild der Individuen wird erweitert, von einer simplen Utilitaritäts-Maximierung zu komplexeren Handlungsmustern und der Wechselwirkung mit gesellschaftlichen Kontexten und Strukturen.

Die im Nachhaltigkeitsdiskurs erörterten gesellschaftlichen Transformationen werden nicht nach klar planbaren und modellierbaren Etappen erfolgen. Sie sind allerdings ein Entwicklungsprozess innerhalb eines Korridors von möglichen Pfaden nachhaltiger Entwicklung.¹⁰ Diesen Korridor gilt es zu definieren. Transition-Management und die Unterstützung von Nischen, von gemeinschaftsorientierten Formen des Wirtschaftens, sind ein möglicher Ansatz für erfolgreiche Transformationsdynamiken. Gerade durch ihre Offenheit gegenüber Transdisziplinarität und der Partizipation von BürgerInnen erlaubt es die ökologische Ökonomik, gemeinschaftsorientierte Formen des Wirtschaftens konzeptionell zu befördern (z.B. Remig 2013). Die Medienanalyse zeigt im Vergleich zu den anderen drei Akteursbereichen Wissenschaft, Politik und Gesellschaft, dass der Diskurs Kommunale Basisbewegungen in der Wirtschaft und den relevanten Medien derzeit eine sehr untergeordnete Rolle spielt.

In Bezug auf Nachhaltigkeit finden Diskussionen im Bereich der Wirtschaft und Unternehmen schwerpunktmäßig mit Verweis auf das Konzept „Green Economy“ statt. Auf die lokale Ebene bezogene wirtschaftspolitische Ansätze wie die im Zusammenhang mit den kommunalen Basisbewegungen relevanten sind in der Wirtschaftspresse äußerst selten. Nur die Zeitschrift „Capital“ bildet hier eine Ausnahme, ist daher aber eher nicht repräsentativ für die Meinungsbildung und Haltung in jenem Bereich. In diesem Jahr wurden zwei Dutzend Artikel veröffentlicht, die sich meist am Rande mit „urban gardening“ befassen, häufig mit internationaler Perspektive, selten hingegen mit konkretem Bezug zu deutschen Kommunen und darauf bezogenen wirtschaftlichen Aspekten und der Relevanz für Unternehmen. Ähnlich ist die Lage in Bezug auf den Diskurs über die Solidarische Ökonomie; trotz der relativ zahlreichen Nennungen in der „Capital“ geht es nicht um das konkrete Konzept sondern um internationale oder andere wirtschaftspolitische Belange; und nur in zwei der Beiträge wird die „sharing economy“ thematisiert. Daraus kann geschlossen werden, dass in den wirtschaftspolitischen Medien alternative, kommunale und basisorientierte Konzepte mit ökonomischer sowie wirtschaftspolitischer Relevanz keine Rolle spielen und weitgehend unbekannt sind – oder zumindest nicht behandelt werden.

¹⁰ Wesentliche Konzepte, die solchen Pfaden zugrunde liegen sind auf Basis der aktuellen Forschung insb. „planetary boundaries“ (Steffen/ Richardson/ Rockström et al. 2015) und daran ansetzende Erweiterungen (Raworth 2017) sowie das Konzept des „Safe Operating Space“ (Magalhães et al. 2016).

5 Verbindungen zu anderen Diskursen des Vorhabens

Der Diskurs über Kommunale Basisbewegungen beinhaltet, wie gezeigt werden konnte, vielfältige Facetten und hat daher zahlreiche Anknüpfungspunkte zu anderen aktuellen Diskursen. Von diesen werden im Folgenden besonders relevante Verbindungen zu zwei Diskursen kurz erläutert, die im Rahmen des Vorhabens „Nachhaltigkeit 2.0“ ebenfalls bearbeitet worden sind.

5.1 Das Gute Leben als Wohlstandsmodell

In den Debatten um neue Wohlstandsmodelle¹¹ wird auch der Diskurs über das „Gute Leben“ im wissenschaftlichen Bereich (z.B. Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, Nachhaltigkeitsforschung, Glücksforschung) sowie auf der politischen Ebene geführt. Einen wesentlichen Beitrag auf der politischen Ebene lieferte die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ des Deutschen Bundestages (2013). Relevant ist hier auch die Strategie des Kanzleramts zum Guten Leben.¹² Des Weiteren sind hier auch Diskurse in anderen Ländern und auf der internationalen Ebene zu erwähnen (z.B. Bericht der Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission, vgl. Stiglitz et al. 2009; Diskurse über „Buen Vivir“ in Lateinamerika, vgl. Acosta und Martínez 2009; und über das Bruttonationalglücks in Bhutan, vgl. Tideman 2004). Die Bezüge zum Diskurs über Kommunale Basisbewegungen und den oben untersuchten drei Teildiskursen sind in diesem Kontext von Belang.

Sowohl die kommunalen Bewegungen für Solidarische Ökonomie, für Gemeingüter/Commons sowie für Urban Gardening streben in Bezug auf die herrschende nichtnachhaltige Lebensweise konkrete Alternativen und alltagsnahe Veränderungen an. Je nach spürbaren Erfolgen und positiven Effekten, und je nach Phase der Entwicklung der Prozesse und Aktivitäten setzen sich diese Bewegungen für Verbreitung ihrer Ansätze sowie für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen und entsprechende Regulierungen ein. Hierfür gibt es in Deutschland sowie anderen Ländern bereits positive Ansätze für ermöglichende und fördernde Rahmensetzungen und Maßnahmen – dies trifft sogar auf ambitionierte Reformansätze wie den Ecovillages (Litfin 2013, Einfach Gut Leben e.V. 2014) zu. Allen gemeinsam ist, dass sie sehr bewusst, reflektiert und recht explizit ein anderes Wohlstandsmodell anstreben zu leben und zu verbreiten suchen.

Hervorzuheben ist, dass mit diesen Basisbewegungen und ihren Aktivitäten sowie den damit verbundenen Diskursen mehr oder weniger deutlich und nachvollziehbar dezidiert nachhaltige Ziele, Merkmale und implizite Kriterien transportiert, diskutiert und verbreitet werden, wie dies für den Diskurs über Neue Wohlstandsmodelle und „das gute Leben“ zutrifft (Diefenbacher et al. 2013). Des Weiteren verbindet die beiden Diskurse, dass jeweils das individuelle, persönliche Verhalten eine große Rolle spielt, dass es sich meist – insbesondere während der Startphasen – um „bottom-up“-Aktivitäten handelt, die einer Suffizienz-Strategie zuzuordnen sind (vgl. Linz 2015). Für Menschen oder auch Institutionen aus verschiedenen gesellschaftlichen Milieus sind zumindest einzelne Elemente solcher nachhaltigkeitsorientierter Ansätze und Praktiken recht attraktiv. Dabei fällt beispielsweise der Boom veganer Ernährungsweisen auf, der allerdings nur ein kleines Segment von nachhaltigen Wohlstands- und Entwicklungsmodellen umfasst. Viele der Projekte und Ansätze von Wohlstands- und Entwicklungsmodellen sind lokal verankert und auf unmittelbare Lebensstilveränderungen ausgerichtet. Hierfür entstehen punktuell auch fördernde, flankierende Infrastrukturen

¹¹ Siehe zu diesem Diskurs die auch im Rahmen dieses Vorhabens entstandene Publikation Henseling et al. 2017.

¹² Siehe hierzu www.gut-leben-in-deutschland.de (Zugriff am 15.09.2017)

und Institutionen, wie z.B. moderne Bioläden, Dorfläden, die wiederum für eine implizite oder auch explizite Verbreitung der Nachhaltigkeitsansätze (teilweise ohne dieses Label zu benutzen) sorgen.

Allerdings setzen manche der vielfältigen Aktivitäten und lebensweltlichen Veränderungsansätze dieser Basisbewegungen teilweise erhebliche Motivation und Veränderungsbereitschaft der beteiligten Bürgerinnen und Bürger voraus, sowie Geduld und Ausdauer („langer Atem“). Daher zeigt sich hier deutlich, dass bislang lediglich ein eher kleiner Teil der Bevölkerung und nur bestimmte soziokultureller Milieus derartige Verhaltensweisen zu praktizieren bereit und fähig sind (Welzer 2011, Paech 2012, Linz 2015). Hier wären Ansätze für ein zumindest punktuelles Mainstreaming erforderlich, sowie Unterstützung durch öffentliche Institutionen (z.B. Kommunalverwaltungen oder Landesregierungen; das wäre im Sinne der Transformationsforschung die „Regime-Ebene“) oder auch den Massenmedien.

5.2 Vulnerabilität und Resilienz

Den Akteuren der kommunalen Bewegungen für Solidarische Ökonomie, für Gemeingüter/Commons sowie für Urban Gardening geht es um eine stärkere Selbstbestimmung und Selbstorganisation, also um eine erhöhte Unabhängigkeit von den modernen, komplexen, voraussetzungsvollen und in vielen Hinsichten risikoreichen und „entfremdeten“ Produktionsverhältnissen – insbesondere hinsichtlich der Ernährungssicherheit (inklusive hoher Qualität bzw. geringer Schadstoffe) oder auch der Energieversorgung (bezüglich Peak Oil, Preissteigerungen, Umweltschäden). Hinzu kommt, dass aufgrund der allgemein ansteigenden Leistungsanforderungen in der Arbeitswelt und der gesellschaftlichen Beschleunigungstendenzen (vgl. Rosa 2012 und Kury 2012) die Umsteuerung auf ein „menschliches Maß“ (Albert Schweitzer) individuell oder in kleinen, überschaubaren Gemeinschaften versucht und dies in einigen gesellschaftlichen Milieus immer wieder erörtert wird.

Im Zusammenhang mit Vulnerabilität und Resilienz kommt dem Diskurs über Kommunale Basisbewegungen eine besondere Bedeutung zu, insofern mit dessen Ausrichtung implizit, sehr häufig aber auch explizit die Eigenverantwortung von Bürgerinnen und Bürgern in ihren verschiedenen gesellschaftlichen Funktionszusammenhängen deutlich sowie thematisiert wird. Die nicht-intendierten und intendierten Effekte, sowie die künftig zu erwartenden Effekte eigenen Handelns bzw. Nichthandelns werden kenntlich, können konkret und gemeinschaftlich thematisiert aber auch unmittelbar und schrittweise verändert werden. Durch die nachhaltigen Lebens- und Arbeitsweisen auf der lokalen Ebene kommt es zu einer deutlichen Dezentralisierung wichtiger Produktions- und Reproduktionsarbeiten, was strukturell zu einer geringeren Anfälligkeit gegenüber äußeren Störungen und Krisen führt. Die Resilienz ergibt sich sowohl auf der individuellen als auch der institutionellen Ebene.

Vereinzelt wird dabei auch diskutiert, vor allem in der Transition-Town-Bewegung und den Ecovillages, dass die kommunalen Basisbewegungen eine gute Möglichkeit darstellen, sich in Richtung Resilienz zu organisieren, sich präventiv auf mögliche, gar für wahrscheinlich gehaltene Krisen oder Katastrophen einzustellen und ein lokales Gemeinwesen für diese Situation bewusst vorzubereiten. Hierbei handelt es sich gewissermaßen um einen expliziten und vorsorgenden Umgang mit meist diffusen gesellschaftlichen Bedrohungsängsten und Krisenpotenzialen (hierzu Fischer 2017).

6 Perspektive des Diskurses

Die Untersuchung des vielgestaltigen Diskurskomplexes Kommunale Basisbewegungen erfolgte im Rahmen dieses Projektes in Bezug auf die Bereiche Solidarische Ökonomie, Gemeingüter/Commons sowie Urban Gardening. Sie konnte zeigen, dass diese Bereiche meist recht neu sind bzw. frühere Ansätze in neuer Weise aufgreifen.¹³ Das bietet Chancen zu einer Ausweitung und einem Zuwachs an Bedeutung und Wirkungsmächtigkeit, weil die damit verbundenen Diskurse sowohl alltäglich auftretende Bedarfe und Herausforderungen aufgreifen, und dafür jeweils konkrete, meist aufwandsarme und niedrigschwellige Lösungen und Zugänge anbieten. Hinzu kommt, dass die kommunalen Basisbewegungen in einer Art und Weise agieren, die gemeinschaftlich ausgerichtet sind und entsprechend häufig deutlich positive soziale und emotionale Effekte mit sich bringen. Hierzu gehören Merkmale wie z.B. Selbstwirksamkeit, Selbstvertrauen, soziale Anerkennung, Handlungsfähigkeit und Kompetenzen (vgl. Rosa 2016). Bezogen beispielweise auf Urban Gardening wird zudem auf eine Zunahme von Zeitwohlstand sowie Entschleunigung hingewiesen (Müller 2012, S.29).

Schließlich gehören zu den besonders Aktiven in den drei Bereichen viele junge Bürgerinnen und Bürger, von denen anzunehmen ist, dass einige von ihnen derartige alternative Aktivitäten – wenn gleich in anderer Form oder an anderen Orten – auch im späteren Leben (zumindest phasenweise) vollführen werden. Zugleich aber ist eine solche „optimistische“ Perspektive kaum zu prognostizieren und nur schwer einzuschätzen, gerade weil die Vielfalt von Verhaltensweisen und Handlungsmöglichkeiten so hoch ist, und die weitere Entwicklung von zahlreichen Faktoren (auch Stimmungen und Moden, aber auch von konkreten Herausforderungen und Bedarfen) abhängt.

Jenseits solcher auf die individuelle, biografische Ebene gerichteten Überlegungen sind die Kontextbedingungen und deren künftige Entwicklung von Belang. Hierzu gehören beispielsweise der demografische, soziostrukturelle sowie der soziokulturelle Wandel. Das Engagement-Potenzial in Deutschland ist gemäß einschlägiger Studien noch nicht ausgeschöpft, und es hängt daher auch an der Fähigkeit der jeweiligen Basisbewegungen ab, weitere Akteure einzubeziehen bzw. zu motivieren und sich aktiv zu verhalten (siehe Göll und Henseling 2017). Einige ExpertInnen meinen, „in genossenschaftlichen Strukturen liegt das größte Beteiligungs- und damit Veränderungspotential. An der aktuellen Gründungswelle der Energiegenossenschaften, für die Bürgerbeteiligung die grundlegendste und bisher nachhaltigste soziokulturelle Veränderung seit Bestehen der Bundesrepublik, lässt sich dies anschaulich aufzeigen“ (Flieger 2013, Spiekerooger Thesen unter Antoni-Komar et al. 2015; siehe ebenso dazu das Internetportal www.energiegenossenschaften-gruenden.de).¹⁴

¹³ Hierzu zählen vor allem die alternativen Lebensstilbewegungen (Lebensreformbewegung, Wandervogel, Vegetarismus, Jugendbewegung, Reformpädagogik, Freikörperkultur) im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts, die als Gegenbewegung zur rasant einsetzenden Industrialisierung zu verstehen sind.

¹⁴ Allerdings sind gemeinschaftliche Prozesse sehr voraussetzungsreich und keine Gewähr für die Erreichung der angestrebten Ziele, zugleich bieten sie individuelle sowie gesellschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten, die sich wiederum nicht automatisch ergeben und auf die sich einzulassen bislang nur eine Minderheit der Bevölkerung bereit war. „Gemeinschaften agieren nicht zwingend im Sinne der Nachhaltigkeit. Gemeinschaftsbasierte Wirtschafts- und Geschäftsmodelle greifen demnach zu kurz. Ebenso Wertedebatten. Nachhaltigkeit setzt vitale Beziehungen voraus, in denen einerseits nachhaltige Praktiken eingeübt und andererseits (Nutzungs-)Konflikte bearbeitet und gelöst werden können. Erst dies bringt Gemeinschaftlichkeit und gemeinsame Werte überhaupt hervor; nicht „Gutmenschen“, der Staat oder unsichtbare Hände. Werte entstehen leise; in und durch die Praxis von Menschen mit gemeinsamen Bezugspunkten. In Beziehung kann auch der vermeintliche Dualismus Ich gegen die Anderen fühlbar aufgelöst werden. Daher sind radikale Experimente wichtig, deren

Des Weiteren stellen das mögliche künftige Auftreten und der Verlauf von Krisen und Katastrophen unterschiedlicher Art einen wesentlichen Faktor für markante Veränderungen von Diskursen und Verhaltensweisen dar. Hier zeigen zahlreiche Beispiele, dass derartige punktuelle Ereignisse eminente Verhaltensveränderungen und auch Politikwechsel bewirken können (z.B. Fukushima) – wenn gleich nicht bei allen Akteuren und Milieus, und auch nicht in (allen) politisch-administrativen Institutionen (Loske 2016, Gesang et al. 2014, Dror 2014, Göll 2011, Göll und Thio 2008).

Nicht außer Acht gelassen werden dürfen hier die vielfältigen Formen von Protesten, die sich gegen die Aufwertungspolitik in der neoliberalen Stadt entwickelt haben und Prioritätensetzungen und Machtstrukturen der Stadtentwicklung kritisieren. Was die dabei engagierten unterschiedlichen Aktivist:innen (vom räumungsbedrohten Rentner bis zum hippen Künstler) z.B. auf der Suche nach bezahlbarem Atelierraum eint, ist die Idee eines „Rechts auf Stadt“. Das formulierte das erste Mal der französische Philosoph Henri Lefebvre 1968 in seinem gleichnamigen Buch „La droit à la ville“ (siehe Lefebvre 2016). Die Stadt wird laut Lefebvre auf den Tauschwert reduziert und dadurch den ökonomischen Zwängen des Kapitals unterworfen. Das städtische Leben bleibe dabei auf der Strecke. Die von Lefebvre so heftig kritisierte „Urbanisierung“ sieht er als Teil einer politischen Strategie zur ökonomischen Inwertsetzung. Wobei nicht nur Grund und Boden, sondern auch der soziale Raum zur Ware wird und ein Prozess der Verdrängung einsetzt. Dieser Aspekt ist auch bei heutigen Kritikern der Gentrifizierung zentral. Lefebvre setzt dieser Verdrängung die Idee eines Rechts auf die Stadt entgegen. Die Stadt ist für ihn der Ort, an dem subversives Potential als Bewegung gegen ökonomische und politische Herrschaft entwickelt werden kann, um sich Räume wieder anzueignen.

Schließlich sind das Agieren der Medien insgesamt bzw. das der Fachmedien sowie die Responsivität der maßgeblichen politischen Akteure und Strukturen wichtige Rahmenbedingungen für die konkreten Einflussmöglichkeiten (Gelegenheitsstrukturen) und die reale Resonanz auf die von kommunalen Basisbewegungen ausgehenden bzw. angeregten Diskurse und auf sie bezogenen Diskurse. Hier zeigen manche Kommunen einen sehr aufgeschlossenen, innovativen Politik- und Governancestil, indem sie nachhaltige Projekte und Initiativen anerkennen und wertschätzen, gezielt unterstützen und in eine Gesamtstrategie einbeziehen.¹⁵

Eine wesentliche Hürde für eine Zunahme der Resonanz und des Einflusses der auf kommunale Basisbewegungen bezogenen Diskurse besteht in der „Macht der Gewohnheit“, also den Alltagsroutinen der Bürgerinnen und Bürger sowie anderer maßgeblicher Akteure in Politik, Medien und Wirtschaft (z.B. Transaktionskosten). Widerstände oder gar Konflikte können in einzelnen Bereichen erwartet werden, wie sich am Beispiel der kommerziellen Anbieter von Mobilitätsdienstleistungen (z.B. Uber) erkennen lässt. In den hier untersuchten und erörterten kommunalen Basisbewegungen wurde insgesamt deutlich, dass die auf deren Aktivitäten und Projekte bezogene Resonanz im politisch-administrativen Bereich nicht sonderlich ausgeprägt ist, und bislang nur Teile einiger weniger Partei-

Kern nicht das „andere Wirtschaftsmodell“ oder die andere Eigentumsform ist, sondern die Ermöglichung resilienter Sozialstrukturen. Radikale Experimente brauchen: Planungsoffenheit (trial and error) bei gleichzeitiger Dokumentationspflicht (Stigmergie) sowie Freies Wissen. Und wir brauchen polyzentrale Entscheidungsräume, Infrastrukturen und Prozessdesigns, die diese Experimente fördern.“ (Helfrich 2013, Spiekerooger Thesen)

¹⁵ Hier trägt das Konzept aus der Transitionsforschung und Transformationsforschung recht weit, dass nämlich Nischenaktivitäten unter bestimmten Umständen zur Verbreitung kommen können, sobald nächst höhere administrative Ebenen diese aufgreifen, deren Arbeit zumindest erleichtern, wenn nicht sogar fördern. Interessant hierzu ist auch Rosa 2016.

en mit den Ansätzen vertraut sind und ihnen positiv gegenüber stehen. Gleichwohl sind auch im politisch-administrativen Raum vereinzelt positive, fördernde Schritte zu erkennen.¹⁶

Beim Auftreten von Skandalen, einzelnen Krisenereignissen oder umfassenden Krisen ist damit zu rechnen, dass gemeinschaftliche Systeme, also vor allem kommunale Projekte und selbstorganisierte Lebensmodelle sehr große Chancen haben, keine größeren Einbußen der Lebensqualität gewärtigen zu müssen, da ihre Lebensweise vergleichsweise voraussetzungsarm und resilient, d.h. unabhängig von externen Inputs ist. Zu einer weiteren Stärkung dieses Diskurses in Richtung LNE wäre eine intensivierte Verknüpfung dieser verschiedenen Konzepte erforderlich, wofür wiederum eine stärkere Kommunikation zwischen oder auch Vernetzung von maßgeblichen Akteuren notwendig wäre.

¹⁶ Dies trifft zum Beispiel auf Ecovillages zu, die in der Form von Forschungsprojekten und durch Stiftungen Unterstützung finden (oder wie in Senegal durch ein nationales Programm gefördert werden). In Kuba wiederum wird urban farming staatlich unterstützt und findet große Verbreitung; siehe Sundermier und Berger 2017. Insgesamt dazu Grober 2016 oder auch Hüther 2013.

7 Schlussfolgerungen im Hinblick auf das Leitbild Nachhaltige Entwicklung

Für die gesamte zivilisatorische Entwicklung kam und kommt der mehr oder weniger bewussten Gestaltung lokaler Lebenswelten durchweg eine existenzielle Bedeutung zu, größtenteils erfolgte der Wandel allerdings nur punktuell und selten systematisch geplant. Durch die lange Tradition entsprechender Aktivitäten und Diskurse sowie aufgrund der aktuellen Trends (siehe dazu exemplarisch WBGU 2016) kann davon ausgegangen werden, dass kommunale Basisbewegungen im Zuge der bereits ablaufenden und absehbaren gesellschaftlichen Herausforderungen und Umbrüche weiterhin besonders relevant sein oder sogar an Bedeutung gewinnen werden.

Der Megatrend Urbanisierung/Verstädterung sowie aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen deuten darauf hin, dass diese lokalen Basisbewegungen als Korrektive für Fehlentwicklungen oder unzureichende anderweitige Lösungsansätze (wie Staatsversagen, Marktversagen) für lokale Bedarfe und Probleme angesehen werden können (vgl. WBGU 2016, WBGU 2011). Dies lässt sich auch auf globale Problemstellungen und Herausforderung beziehen. Hierzu gehört der Umgang mit Klimawandel und in jüngster Zeit wurde dies besonders deutlich im Zuge der erhöhten Flüchtlingsbewegungen nach Europa seit dem Jahr 2015. Zugleich sind die kommunalen Basisbewegungen ein Phänomen der weiter zunehmenden soziokulturellen Ausdifferenzierung unserer modernen Gesellschaft, nicht zuletzt auch in Bezug auf Stadt-Land-Beziehungen (inklusive der Extremvarianten Wachstum und Schrumpfung). Dies bedeutet, dass absehbar die Aktivitäten auf kommunaler Ebene von großer Bedeutung dafür sind, ob und wie die Umsteuerung und die Transformation in eine nachhaltige Entwicklungsrichtung praktiziert werden wird.

Die Diskurse zu kommunalen Basisbewegungen weisen noch unmittelbarer als andere Diskurse Abhängigkeiten zu spezifischen Akteursgruppen auf, insbesondere weil sie in ihren Voraussetzungen und Konsequenzen stark mit den persönlichen Wahrnehmungen, individuellen Lebenswelten und subjektiven Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger zusammenhängen und auf diese einwirken. Vor allem ambitionierte und voraussetzungsvolle Ansätze wie „Transition Town“ und „Ecovillages“ setzen hohe Veränderungsbereitschaft und -fähigkeit voraus, weil bei ihnen große Segmente des üblichen nicht-nachhaltigen Alltagsverhaltens zu ändern sind. In unterschiedlich geringerem Umfang trifft dies auch auf die anderen Handlungsbereiche kommunaler Basisbewegungen zu. Als Akteure kommen deshalb hierfür erfahrungsgemäß Personen aus jungen, gebildeten und aufgeschlossenen Sozialmilieus in Frage. Zugleich aber zeigt sich, dass derart sozialstrukturelle Parameter häufig von eher persönlichkeitsbezogenen und situativen Faktoren überlagert werden. So finden sich z.B. in Urban Gardening Projekten häufig ältere Personen wieder, die über ein hinreichend großes Zeitbudget und Interesse verfügen oder auch Personen, die preisgünstige Lebensmittel benötigen.

Hier ansetzend kommt es darauf an, die Erfahrungen und Erfolge der kommunalen Projekte breiter und offensiver als bisher zu kommunizieren, und dabei auch Akteure zu erreichen, die entweder ein Potential für eigenes Engagement aufweisen, oder aber als Multiplikatoren und Unterstützer der lokalen Projekte und Aktivitäten genutzt werden können. Hierfür bieten die „Agenda 2030“ und die SDGs, zusätzlich auch HABITAT 3 wichtige Referenzrahmen, die gegenüber politischen und administrativen Entscheidungsträgern geltend gemacht werden könnten. Die internationale Dimension des LNE würde damit weiter profiliert werden (anknüpfend an Konzepte wie „Glokalisierung“), und es wäre noch weiter auszubauen, von guten, erfolgreichen Beispielen nachhaltiger Aktivitäten aus anderen Ländern zu lernen und Impulse zu erhalten und zu nutzen.

In Bezug auf die SDGs kommt noch hinzu, dass aufgrund der Flüchtlingsbewegung eine stärkere, nachvollziehbarere Bezugnahme auf menschenunwürdige Lebensverhältnisse in anderen Regionen

benachbarter Kontinente hingewiesen werden kann, und damit auch die (zerstörerische, ausbeuterische) Besonderheit unserer Lebensweise kenntlicher wird (Mies 2008, Brand/Wissen 2017). Speziell könnte hier beim Aktionsplan BNE angeknüpft werden, insofern in etablierten, aber auch informellen Bildungseinrichtungen alltagsnahe Lernprozesse schon während der UN-Dekade BNE durchgeführt wurden, die es nun weiter auszubauen gilt (z.B. im Sinne von „Bildungslandschaften“).

Vor dem Hintergrund der zahlreichen Facetten des Diskurses sollen hier einige ausgewählte Aspekte hinsichtlich ihrer Chancen oder auch Risiken für eine Stärkung der Nachhaltigkeit thematisiert und erörtert werden.

Chancen

Insofern Problemlagen, Betroffenheit, Problemdruck sowie Herausforderungen im lebensweltlichen Bereich und damit „vor Ort“, also auf der lokalen Ebene, besonders deutlich und unmittelbar auf Bürgerinnen und Bürger wirken, dürfte diese untere administrative Ebene auch jener Ort sein, in welchem soziale, ökonomische, kulturelle und ökologische Fehlentwicklungen auch künftig frühzeitig auftreten und handlungsrelevant werden. Wie die Stellungnahmen des RNE-Dialoges „Nachhaltige Stadt“ und die beteiligten Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister zeigen, gibt es dort teilweise eine große Offenheit für neuen Lösungsansätze (RNE 2015).

Der Diskurs über kommunale Basisbewegungen weist daher in vielen seiner Facetten eine unmittelbare Anschlussfähigkeit zur Wahrnehmung und Handlungsbereitschaft zahlreicher Bürgerinnen und Bürgern auf. Erfahrungsgemäß lassen sich gleichwohl aus „objektiven“ Rahmenbedingungen keine automatischen oder eindeutigen Reaktionsformen oder Handlungsweisen ableiten und prognostizieren. Doch gerade hierfür bieten kommunale Basisbewegungen wegen ihrer großen Vielfalt ebenso vielgestaltige Möglichkeiten zur Veränderung von Verhaltensweisen – z.B. in den Bereichen Konsum und Ernährung. Die niedrigen Hemmschwellen, sich für lokale Herausforderungen zu engagieren, dürften aufgrund der Vielfalt bei entsprechender Öffentlichkeitsarbeit in den Kommunen zu mehr Engagement führen. Durch den unmittelbaren Bezug zur Lebenswelt ergeben sich konkrete alltagsnahe Handlungsfelder, wodurch gesellschaftliche Schichten und soziale Milieus erreicht werden können, die üblicherweise selten als gesellschaftlich engagierte Personengruppe in Erscheinung treten (z.B. beim Urban Gardening). Mit der Anknüpfung an nachbarschaftliche, informelle, sogar zufällige Beziehungen und Begegnungen können angemessene, lokale und niedrigschwellige Zugangsmöglichkeiten geschaffen werden (im Sinne von „Gelegenheitsstrukturen“ oder dem Ansatz des „nudging“) bzw. können sich „ergeben“. Hierdurch würde den sozialen Polarisierungsprozessen entgegengewirkt und die Engagement-Potenziale könnten besser genutzt und mobilisiert werden. Dadurch dürften wiederum kommunale Institutionen und politisch-administrative Akteure motiviert und angeregt werden, solche bottom-up-Prozesse zu fördern, dazu womöglich weitere Unterstützungspotenziale (auch finanzieller Art) zu erschließen und zu nutzen, und sich womöglich bürgernäher und zukunftsorientierter aufzustellen.

Dies ist im Bereich des Urban Gardening oder auch Bereichen der Sharing Economy festzustellen. Der frühere regionalpolitische Ansatz der „Mobilisierung endogener Potenziale“ erhalte hierdurch eine neue, auf Zukunftsfähigkeit ausgerichtete Bedeutung. Hierbei sollten Landesregierungen und andere Verwaltungsebenen noch stärker fördernd einwirken, um lokale Nachhaltigkeitsaktivitäten zu stärken und positive nachhaltige Gelegenheitsstrukturen zu schaffen. In dieser Hinsicht wären auch die im Aufbau befindlichen Kapazitäten der vier „Regionalen Netzstellen Nachhaltigkeitsstrategien“

(RENN)¹⁷ zu nutzen, da sie eine vertikale Integration befördern können und Kapazitäten bündeln sollen.¹⁸

Eine kontinuierliche Aufgabe wäre hierbei, nachhaltige Lebensmodelle und Projekte auf kommunaler Ebene noch deutlicher als attraktive Alternative und zusätzliche Option für die eigene Lebensgestaltung zu präsentieren. Aus einzelnen Bundesministerien gibt es hierzu interessante Ansätze – wie z.B. das BMBF-Programm „Zukunftsstadt“. Damit besteht die Möglichkeit, mit konkreten und anschaulichen nachhaltigen Lebensmodellen das LNE besser zu profilieren oder zumindest für manche gesellschaftlichen Zielgruppen attraktiver zu machen und praktische Orientierung zu bieten. Zugleich wird aber auch immer deutlicher erkennbar, dass es für politische Akteure wichtig wäre, bestimmte Fehlentwicklungen und Fehlallokationen zu unterbinden bzw. mit Malus zu belasten, damit Nicht-Nachhaltigkeit sich „weniger auszahlt“ als bisher. Hierzu gehört auch ein angemessenes Framing: bestimmte Verhaltensweisen sollten nicht mehr nur als Kavaliersdelikte bezeichnet und behandelt werden, sondern als Schädigung, Zerstörung, Körperverletzung, Schmarotzertum, Gesetzesverstoß etc.

Wiederum aufgrund der unmittelbaren lebensweltlichen Bezüge könnten kommunale Basisbewegungen zumindest in einigen Bereichen als „Frühwarnsysteme“ für ernsthafte Fehlentwicklungen auf lokaler Ebene berücksichtigt werden. Hier ist auch hilfreich, dass die Kommunikationsdichte in lokalen Gemeinschaften eher hoch ist und dort deutlich wahrgenommen werden kann, wo Probleme entstehen oder eskalieren könnten. Durch angemessene Kommunikationsformen und passende Beteiligungs- und Problemlösungsmethoden könnten bisherige Erfahrungen („Lessons Learned“) von partizipativen Prozessen hierfür genutzt und weiter entwickelt werden (vgl. Selle 2016). Diese partizipative Komponente wäre eine weitere wichtige Dimension, mit der das LNE durch den Diskurs um die kommunalen Basisbewegungen gestärkt werden könnte.

Insbesondere im Bereich der Sozialwissenschaften zeigen sich beispielsweise im Zuge der Transformations- bzw. Transitionsforschung wiederum neue Forschungsansätze wie der der „Reallabore“ oder „Realexperimente“ (im Sinne von Aktionsforschung). Eine Stärkung dieser Forschungsperspektive ist auch von dem BMBF-Programmschwerpunkt „Zukunftsstadt“ zu erwarten. Zusätzlich könnte die Aufmerksamkeit auf kommunale Nachhaltigkeitsaktivitäten durch das neue Hauptgutachten des WBGU über Urbanisierung gestärkt werden, weil hier die künftig noch weiter zunehmende Bedeutung von Urbanisierungsprozessen thematisiert wird. Im Kontext des Diskurses über die (Große) Transformation zur nachhaltigen Entwicklung (siehe WBGU 2011) stellen in Anlehnung an das Mehrebenenkonzept von Geels (2002) die kommunalen Basisbewegungen den wichtigen, impulsgebenden und innovativen Bereich der „Nische“ dar.

Aufgrund dieser verschiedenen „Chancen“, die der Diskurs um Kommunale Basisbewegungen mit seinen diversen Aspekten und Ansatzmöglichkeiten mit sich bringen kann, ergeben sich besonders deutliche und vielversprechende Anknüpfungspunkte und Verstärkungseffekte im Rahmen des am Beginn seiner Anwendung befindlichen „Nationalen Aktionsplans“ BNE (Bildung für nachhaltige Entwicklung). Auch hierdurch könnten neue Akteure erreicht und für das Engagement vor Ort interessiert und mobilisiert werden, vor allem durch informelle Bildungsangebote außerhalb der formalen Bildungsträger. Solche Aktivitäten sind aber besonders arbeitsintensiv und bedürfen eines hohen Aufwands – und entsprechender Unterstützung und Flankierung.

Zudem wird auf der internationalen Ebene wiederum im Rahmen der Vereinten Nationen die „New Urban Agenda“ erstellt. Federführend agiert hierzu das Siedlungsprogramm UN-Habitat, und die

¹⁷ Siehe dazu: <http://www.renn-netzwerk.de> (Zugriff am 09.12.2017).

¹⁸ Siehe dazu: <https://www.nachhaltigkeitsrat.de/aktuelles/aktuelle-meldungen/detailansicht/artikel/nachhaltigkeit-wird-regional-verankert/> (Zugriff am 15.10.2017)

2016 verabschiedete „New Urban Agenda“ auf der Habitat III-Konferenz dürfte weitere Impulse für lokale Aktivitäten geben.

Schließlich deuten einige Entwicklungen und Trends darauf hin, dass künftig die lokale Ebene – wie beispielsweise aufgrund von Dezentralisierungsprozessen sowie der Zunahme an Komplexität und Beschleunigung gesellschaftlicher Wandlungsprozesse – zu einem noch wichtigeren Terrain für die Gestaltung von Lebensumständen und Daseinsvorsorge (i.S. des Subsidiaritätsprinzips) werden dürfte, als dies bislang schon der Fall gewesen ist. Allerdings sind hier die sehr begrenzten, wenn nicht häufig schon als unzureichend empfundenen, begrenzten finanziellen und anderen Ressourcen der Kommunen ein starkes Hemmnis für die praktische Umsetzung. An dem aktuellen Beispiel der Massenmigration lässt sich erkennen, wie die kommunale Handlungsfähigkeit im Zusammenhang mit Basisbewegungen aussehen könnte. Eine große, und sich derzeit in diesem Kontext abzeichnende Herausforderung stellt die Anpassung der föderalen Strukturen und Prozesse dar, die gerade auch im Nachhaltigkeitsdiskurs in Bezug auf den Ansatz der „vertikalen Integration“ kontrovers diskutiert worden sind. Dazu werden nun auf Anregung des RNE in einer überregionalen Struktur vier Nachhaltigkeitszentren (RENN) aufgebaut, welche die kommunale Politik in Sachen Nachhaltigkeit durch Anerkennung, Vernetzung und wirksamen Aktivitäten spürbar stärken und unterstützen könnten.

Risiken

Wenngleich zahlreiche Beispiele und Entwicklungen zeigen, wie konstruktiv und zielorientiert, ja sogar effektiv kommunale Basisbewegungen hinsichtlich mancher konkreter Herausforderungen zu agieren in der Lage sind, so sind hinsichtlich deren Handlungsfähigkeiten doch Grenzen gesetzt. So ist die Anzahl der in kommunalen Basisbewegungen aktiven Bürgerinnen und Bürgern recht begrenzt und weitgehend auf Akteure aus bestimmten soziokulturellen Milieus beschränkt. Beispielsweise kommt die Studie „Umweltbewusstsein in Deutschland“ zu dem Ergebnis, dass ca. 8% der Bevölkerung im Rahmen eines freiwilligen Engagements für den Umwelt- oder Naturschutz aktiv sind. Davon sind zwei Prozent in lokalen Gruppen oder Bürgerinitiativen tätig, ebenso viele engagieren sich in zeitlich begrenzten Projekten (BMUB/UBA 2015, S. 63). Gleichzeitig wird allerdings in der Studie ein hohes Potenzial festgestellt: 19% der Befragten geben an, dass sie sich ein freiwilliges Engagement in einer lokalen Gruppe oder Bürgerinitiative im Umweltbereich vorstellen können (BMUB/UBA 2015, S. 63). Sowohl das aktuelle Engagement als auch die Bereitschaft sind in den kritisch-kreativen Milieus besonders hoch.

Wie die Erfahrung zeigt, können außerdem akute Überlastungen im Kontext von Bedrohungslagen, Krisen oder Katastrophen bei manchen Akteuren extreme und akute Ängste und durchaus negative, destruktive, ja illegale und kriminelle Reaktionsmuster auslösen – wie dies aktuell teilweise in Bezug auf die Flüchtlinge bzw. Geflüchteten zu beobachten ist. Gleichwohl sind es häufig gerade sozial engagierte Gemeinschaften und Aktionszusammenhänge (Bewegungen), die instinktiven und unreflektierten Reaktionsweisen nicht anheimfallen, sondern ihre Erfahrungen und Fähigkeiten hinsichtlich Selbstorganisation und Handlungsfähigkeit weiter praktizieren und bei Krisen noch zu verstärken in der Lage und willens sind. Dennoch besteht auf der lokalen Ebene das große Risiko, dass Eigensinnigkeiten und Lokalpatriotismus, kurzum das NIMBY-Prinzip unter Umständen dominant werden kann. Daher besteht kein Automatismus, dass lokale Bewegungen sich eher Nachhaltigkeitsaktivitäten anschließen und entsprechend handeln, statt egoistischen, bornierten Bewegungen und Projekten zu folgen. Hier gilt es, in Bezug auf das LNE möglichst deutlich und ansprechend die vielfältigen, nicht zuletzt mittelfristigen Vorteile nachhaltiger Verhaltensweisen zu verdeutlichen und kommunale Basisbewegungen effektiver als bisher politisch-administrativ zu unterstützen.

Anhang

Tabelle

Die folgenden Angaben (Ausprägungen) in der Tabelle geben die Anzahl der im jeweiligen Medien- bzw. Quellentypus (linke Spalte) vorgefundenen Nennungen zu den drei ausgewählten Teildiskursen (waagerechte Titel) des Diskurses Kommunale Basisbewegungen an.

Dokumententyp/Quelle	Solidarische Ökonomie	Commons / Gemeingut	Urban Gardening	Anzahl (Gesamt)
Zentral verfügbare Publikationen	10	8	3	21
Bundestagsdokumente	0	0	0	0
SPD	49	15	0	64
CDU	0	0	1	1
CSU	0	0	1	1
B90/DIE GRÜNEN	29	35	13	77
Die Linke	182	10	4	196
Konrad-Adenauer-Stiftung	0	8	24	32
Friedrich-Ebert-Stiftung	17	21	0	38
Heinrich-Böll-Stiftung	6	9	18	33
Hanns-Seidel-Stiftung	0	0	0	0
Rosa-Luxemburg-Stiftung	7	48	1	56
Spiegel (inklusive Spiegel online)	2	5	26	33
FAZ	1	45	23	69
Zeit	21	67	30	118
SZ	6	40	48	94
NABU	1	1	0	2
BUND	0	0	2	2
DNR	1	1	1	3
Greenpeace	12	16	5	33
WWF	0	37	0	37
DGB	17	5	1	23
BASE Datenbank	54	310 (engl.) 8 (dt.)	80 (engl.) 12 (dt.)	390 (engl.) 74 (dt.)
WBGU	2	7	1	10
SRU	0	1	0	1
Handelsblatt	5	19	4	28
Wirtschaftswoche	1	6	8	15
Capital	143	1	24	168
brand eins	4	12	2	18
BDI	0	0	0	0
BDA	0	0	0	0
DIHK	0	0	0	0

Literatur- und Quellenverzeichnis

- adelphi und IZT** (2017): „Nachhaltigkeit 2.0 – Modernisierung zum Leitbild der nachhaltigen Entwicklung“ - Abschlussbericht. Siehe: <https://www.izt.de/projekte/project/nh20/> (Zugriff am 09.12.2017).
- Aderhold, Jens; Mann, Carsten; Rückert-John, J.; Schäfer, Martina** (2015): Experimentierraum Stadt: Good Governance für soziale Innovationen auf dem Weg zur Nachhaltigkeitstransformation (Auftrag: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit) UBA-Texte 4/2015, Dessau.
- African Land Policy Initiative** (o.J.): Voluntary Guidelines for the Responsible Governance of Tenure of Land, Fisheries and Forests (VGGT). Siehe: <http://www.fao.org/docrep/016/i2801e/i2801e.pdf> (Zugriff am 09.12.2017)
- African Land Policy Initiative** (o.J.): Framework and Guidelines on Land Policy in Africa (F&G). <http://www.iass-potsdam.de/de/forschung/globaler-gesellschaftsvertrag-fur-nachhaltigkeit-gcs/news/gemeinguter-brauchen-aktive> (04.04.2016)
- Agenda-Transfer. Agentur für Nachhaltigkeit/ InWent – Servicestelle Kommunen in der Einen Welt** (2007): Nachhaltigkeit: Das Plus vor Ort! Bonn.
- Allmendinger, Jutta** (2017): Das Land, in dem wir leben wollen. Wie die Deutschen sich ihre Zukunft vorstellen. München: Pantheon Verlag.
- Antoni-Komar, Irene; Engels, Eve-Marie; Gottschlich, Daniela; Hartkemeyer, Tobias et al.** (2015): Spiekerooger Thesen 2015. Bergische Klimagespräche. Siehe: <http://www.spiekerooger-klimagespraechen.de/node/212> (Zugriff am 08.12.2017).
- Barber, Benjamin R.** (2013): If Mayors Ruled the World: Dysfunctional Nations, Rising Cities. New Haven: Yale University Press.
- Bertelsmann Stiftung** (Hrsg.) (2015): Nachhaltigkeitsstrategien erfolgreich entwickeln. Grundlagen, Analysen und Gestaltungsoptionen, Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.
- BMUB/UBA** (2015): Umweltbewusstsein in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. Berlin.
- BMUB – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit** (Hrsg.) (2007): „LEIPZIG CHARTA zur nachhaltigen europäischen Stadt“, Berlin. Siehe: http://www.bmub.bund.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Nationale_Stadtentwicklung/leipzig_charta_de_bf.pdf (Zugriff am 09.12.2017).
- BMZ** (2014a): Perspektiven der Urbanisierung - Städte nachhaltig gestalten. BMZ-Informationenbroschüre 3/2014. Siehe: http://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/infobroschueren_flyer/info_broschueren/Materialie237_Informationenbroschuere_03_2014.pdf (Zugriff am 08.12.2017).
- BMZ** (2014b): Öffentliche Anhörung des AwZ am 12.11. 14 „Urbanisierung“. Stellungnahme von BMZ, GIZ und KfW zum Fragenkatalog vom 23.10.2014. Siehe: <http://www.bundestag.de/blob/339360/daef66f0b40cb9882c840aace34022ed/stellungnahme-bmz--giz--kfw-data.pdf> (Zugriff am 08.12.2017).
- BMBF** (2015): Zukunftsstadt. Strategische Forschungs- und Innovationsagenda. Siehe: <https://www.fona.de/mediathek/pdf/Zukunftsstadt.pdf> (Zugriff am 08.12.2017).
- Brand, Karl-Werner** (Hrsg.) (2002): Politik der Nachhaltigkeit. Voraussetzungen, Probleme, Chancen – eine kritische Diskussion. Berlin.
- Brand, Karl-Werner; Jochum, Georg** (2000): Der deutsche Diskurs zu Nachhaltiger Entwicklung. Abschlussbericht eines DFG-Projekts zum Thema „Sustainable Development / Nachhaltige Entwicklung – Zur sozialen Konstruktion globaler Handlungskonzepte im Umweltdiskurs“, MPS-Texte 1/2000, Münchner Projektgruppe für Sozialforschung e.V.
- Brand, Karl-Werner** (Hrsg.) (1997): Nachhaltige Entwicklung. Eine Herausforderung an die Soziologie. Weinheim: Beltz Juventa.
- Brand, Ulrich; Wissen, Markus** (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus. München: oekom.

- Bundestagswahlprogramm Bündnis 90/Die Grünen** (2013): Zeit für den Grünen Wandel. Teilhaben. Einmischen. Zukunft schaffen. Siehe: https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Gruenes-Bundestagswahlprogramm-2013.pdf (Zugriff am 08.12.2017).
- Bundestagswahlprogramm Die Linke** (2013): Wahlprogramm der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl am 22. September 2013 »100 Prozent sozial«. Siehe: https://www.mehr-demokratie.de/fileadmin/pdf/DIE_LINKE-Wahlprogramm_2013.pdf (Zugriff am 08.12.2017).
- Bundeszentrale für politische Bildung** (2011): Gemeingüter. Aus Politik und Zeitgeschichte 61/2011. Siehe: <http://www.bpb.de/wissen/H975ZJ> (Zugriff am 08.12.2017).
- Büro Deutscher Nachhaltigkeitskodex beim Rat für Nachhaltige Entwicklung** (2017): Der Deutscher Nachhaltigkeitskodex. Handwerkszeug für Reporting, Management und Erfüllung der Berichtspflicht. Siehe: http://www.deutscher-nachhaltigkeitskodex.de/fileadmin/user_upload/dnk/dok/Praesentationen/DNK-Basispr%C3%A4sentation.pdf (Zugriff am 09.12.2017).
- Dahn, Daniela** (2013): Wir sind der Staat! Warum Volk sein nicht genügt. Hamburg: Rowohlt Verlag.
- Deutscher Bundestag** (2011): Hauptgutachten 2011 des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen. Welt im Wandel – Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Berlin, Drucksache 17/7331. Siehe: http://www.wbgu.de/fileadmin/user_upload/wbgu.de/templates/dateien/veroeffentlichungen/hauptgutachten/jg2011/wbgu_jg2011.pdf (Zugriff am 08.12.2017).
- Diefenbacher, Hans; Zieschank, R.; Duewell, M.; Leggewie, C.; Petschow, U.; Philips, J.; Sommer, B.** (2014): Konzepte gesellschaftlichen Wohlstands und ökologische Gerechtigkeit. Studie im Auftrag des Umweltbundesamtes. Umweltforschungsplan des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Schwerpunkt 12. Übergreifende umweltpolitische Forschungsfragen.
- Döhler, Marian; Jochen Franzke; Kai Wegrich** (Hrsg.) (2015): Der gut organisierte Staat. Festschrift für Werner Jann zum 65. Geburtstag. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Dror, Yehezkel** (2014): Avant-Garde Politician: Leaders for A New Epoch. Washington, DC: Westphalia Press.
- Dror, Yehezkel** (1995): Ist die Erde noch regierbar? Ein Bericht an den Club of Rome. München: C. Bertelsmann Verlag.
- Dyer, Gwynne** (2010): Climate Wars. The fight for survival as the world overheats. Oxford: Oneworld Publications.
- Eder, Hans** (2003): Der "Faktor C". Kern einer anderen Wirtschaft, Gesellschaft und Zivilisation. In: SoLiTat 42, Salzburg. Siehe: <http://www.intersol.at/fileadmin/Soliatat/solitat42.pdf> (Zugriff am 08.12.2017).
- Einfach Gut Leben e.V.** (Hrsg.) (2014): „eurotopia-- Leben in Gemeinschaft. Verzeichnis von Gemeinschaften und Ökodörfer in Europa“. Poppau: Eigenverlag.
- Einfach Gut Leben e.V** (Hrsg.) (2007): „eurotopia-Verzeichnis: Gemeinschaften und Ökodörfer in Europa“. Poppau: Eigenverlag.
- Elborg, Martin; Wolf, Frank; Wessling, Gerd** (2011): Transition Initiativen. Ein Leitfaden. Siehe: http://api.ning.com/files/kwH2JyLKYfajKd5*QD-F1DQ6R**nAT14yrVbj52tIX1DzUgwU822IMpfvokHr0ECbEqy-6NaG*UiG-h1a2CxjxcmrF4msic/TransitionInitiativenLeitfadenPrimerV1_4Juni2011.pdf (Zugriff am 08.12.2017).
- Esders, Elke** (2011): Nachhaltig denken und handeln: Coaching für Politiker. Vandenhoeck & Ruprecht.
- European association for information on local Development (AEIDL)** (2013): Local Communities leading the way to a low-carbon society. Siehe: <http://www.aeidl.eu/images/stories/pdf/transition-final.pdf> (Zugriff am 08.12.2017).
- Fischer, Frank** (2017): The Green State as Environmental Democracy. London: Edward Elgar.
- Forum Umwelt und Entwicklung** (Hrsg.) (2016): Die Umsetzung der globalen 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung. Mit diesem Positionspapier beziehen deutsche zivilgesellschaftliche Organisationen gemeinsam Stellung zur Umsetzung der 2030-Agenda in und durch Deutschland. Berlin. Siehe: www.forumue.de (Zugriff am 08.12.2017).
- Geels, F. W.** (2002): Technological transitions as evolutionary reconfiguration processes: a multi-level perspective and a case-study. Research Policy, 31 (8–9), S. 1257–1274. doi:10.1016/S0048-7333(02)00062-8.

- Gesang, Bernward** (Hrsg.) (2014): Kann Demokratie Nachhaltigkeit? Wiesbaden: Springer.
- Giegold, Sven; Embshoff, Dagmar** (Hrsg.) (2008): Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus. Siehe: http://www.vsa-verlag.de/uploads/media/VSA_Giegold_ua_Solidarische_Oekonomie_komplett.pdf (Zugriff am 08.12.2017).
- Giesecke, Dana; Hebert, Saskia; Welzer, Harald** (2017): "FUTURZWEI Zukunftsalmanach 2017/18 – Geschichten vom guten Umgang mit der Welt – Themenschwerpunkt Stadt", Fischer Verlag.
- Göll, Edgar; Henseling, Christine** (2017): Gesellschaftliche Trägheiten und Optionen zu ihrer Überwindung in Richtung Nachhaltigkeit. In: Jana Rückert-John; Martina Schäfer (Hrsg.): Governance für eine Gesellschaftstransformation. Herausforderungen des Wandels in Richtung nachhaltige Entwicklung. Wiesbaden: Springer VS, S. 87-107.
- Göll, Edgar** (2016): Zukunftsfähige Zivilisierung? Nachhaltige Entwicklung als zentrales Themenfeld für Zukunftsforschung im 21. Jahrhundert. In: Popp, R. et al. (Ed.): Einblicke, Ausblicke, Weitblicke. Aktuelle Perspektiven in der Zukunftsforschung. Wien: LIT-Verl., S. 274-287.
- Göll, Edgar; Nolting, Katrin** (2012): „Rio+20 vor Ort“ – Kommunen auf dem Weg zur Nachhaltigkeit. Beispiele aus Deutschland. Berlin: IZT - Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung.
- Göll, Edgar** (2011): „Governance-Modelle der Zukunft? Kritische Bestandsaufnahme von Utopien gesellschaftlicher Steuerung“, Reihe „S:Z:D Arbeitspapiere Praxis“ der Robert-Jungk-Stiftung, Salzburg/Österreich. Siehe: https://www.izt.de/fileadmin/governance-modelle_der_zukunft.pdf (Zugriff am 08.12.2017).
- Göll, Edgar/ Thio, Sie Liong** (2008): Institutions for a sustainable development — experiences from EU-countries, in: Environment, Development and Sustainability (Springer Netherlands) Volume 10, Number 1 / February 2008, S. 69-88.
- Greenpeace** (2012): Gemeingüter - für alle! Siehe: <https://www.greenpeace.de/themen/umwelt-wirtschaft/gemeinguter-fur-alle> (Zugriff am 08.12.2017).
- Grober, Ulrich** (2016): Der leise Atem der Zukunft. Vom Aufstieg nachhaltiger Werte in Zeiten der Krise. München: oekom Verlag.
- Gronemeyer, Marianne** (2000): Immer wieder neu oder ewig das Gleiche. Innovationsfieber und Wiederholungswahn. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Groß, Martina** (2014): Gegenmodell. Die Supergenossenschaft von Mondragón. In: Le Monde diplomatique (deutsche Ausgabe), Januar 2014, S. 1, 4-5.
- Grüne, Nils** (2015): Totgesagte leben länger? Geschichte und Aktualität ländlicher Gemeingüter in vergleichender Perspektive, 12.06.2015 – 13.06.2015 Regensburg, in: H-Soz-Kult, 22.05.2015, <http://www.hsozkult.de/event/id/termine-27911> (Zugriff am 08.12.2017).
- Habermann, Friederike** (2011): Solidarität wär' eine prima Alternative. Oder: Brot, Schoki und Freiheit für alle, rls-paper. Siehe: <http://ifg.rosalux.de/files/2010/04/Solidarit%C3%A4t-w%C3%A4r-eine-prima-Alternative.pdf> (Zugriff am 08.12.2017).
- Habermann, Friederike** (2012): Wir werden nicht als Egoisten geboren. In: Helfrich, Silke; HBS (2012): Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat. Berlin, Heinrich-Böll-Stiftung, S. 39-44.
- Haderlapp, Thomas; Trattning, Rita** (2013): Zukunftsfähigkeit ist eine Frage der Kultur. Hemmnisse, Widersprüche und Gelingensfaktoren des kulturellen Wandels. München: oekom Verlag.
- Haide, Ella von der; Halder, Severin; Jahnke, Julia; Mees, Carolin** (2012): Guerilla Gardening und andere politische Gartenbewegungen. Eine globale Perspektive. In: Müller, Christa (Hrsg.): Urban Gardening. Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt. 4. Aufl., München: oekom-verlag, S. 266-278.
- Hajer, Maarten A.** (2003): Argumentative Diskursanalyse. Auf der Suche nach Koalitionen, Praktiken und Bedeutung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hausknost, Daniel** (2005): Weg ist das Ziel. Zur Dekonstruktion der Ökologiebewegung. Wien: LIT Verlag.
- Hawken, Paul** (2007): Blessed Unrest. How the Largest Movement in the World Came into Being and Why No One Saw it Coming. London: Viking Press.
- Heinrich-Böll-Stiftung (HBS)** (2013): Transformatives Symposium. [<http://www.researchincommunity.net/index.php?id=49>].

- Heinrichs, Harald; Kirst, Ev; Plawitzki, Jule** (Hrsg.) (2017): Gutes Leben vor Ort. Berlin: Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG. Siehe: <https://www.esv.info/download/katalog/inhvzch/9783503170784.pdf> (Zugriff am 08.12.2017).
- Helfrich, Silke** (2007): Was sind Commons? Siehe: <https://commonsblog.wordpress.com/was-sind-commons/> (Zugriff am 08.12.2017).
- Helfrich, Silke; HBS** (Hrsg.) (2009): Wem gehört die Welt? Zur Wiederentdeckung der Gemeingüter. Siehe: https://www.boell.de/sites/default/files/assets/boell.de/images/download_de/economysocial/Netzausgabe_Wem_gehoert_die_Welt.pdf (Zugriff am 08.12.2017).
- Helfrich, Silke; Kuhlen, Rainer; Sachs, Wolfgang; Siefkes, Christian** (2009): Gemeingüter - Wohlstand durch teilen. Berlin, Heinrich-Böll-Stiftung. Siehe: https://www.boell.de/sites/default/files/Gemeinguetter_Report_Commons.pdf (Zugriff am 08.12.2017).
- Helfrich, Silke; HBS** (Hrsg.) (2012): Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat. Berlin, Heinrich-Böll-Stiftung. Siehe: <http://www.boell.de/sites/default/files/2012-04-buch-2012-04-buch-commons.pdf> (Zugriff am 08.12.2017).
- Helfrich, Silke** (2012): Interview. Siehe: https://www.youtube.com/watch?v=waMskSGL_t8; <https://www.youtube.com/watch?v=7feAALOB1CQ> (Zugriff am 08.12.2017).
- Helfrich, Silke, Kühne, Jannis** (2014): Urban Commons? Eine Debatte boomt. Siehe: <https://commonsblog.wordpress.com/2014/12/17/urban-commons-eine-debatte-boomt/> (Zugriff am 08.12.2017).
- Henseling, Christine; Korte, Friederike; Göll, Edgar** (2017): Nachhaltigkeit 2.0 – Modernisierungsansätze zum Leitbild der nachhaltigen Entwicklung. Diskurs „Wohlstands- und Entwicklungsmodelle“ (UBA-Texte 92/2017), Dessau.
- Herzberg, Carsten** (2009): Von der Bürger- zur Solidarkommune. Lokale Demokratie in Zeiten der Globalisierung, VSA, Hamburg.
- Holzinger, Hans** (2012): Neuer Wohlstand. Leben und Wirtschaften auf einem begrenzten Planeten. Salzburg: JBZ-Verlag.
- Hopkins, Rob** (2014): Einfach. Jetzt. Machen! Wie wir unsere Zukunft selbst in die Hand nehmen. München: oekom Verlag.
- Hopkins, Rob** (2008): The Transition Handbook: From Oil Dependency to Local Resilience. Green Books, Totnes, Devon.
- Hüther, Gerald** (2013): Kommunale Intelligenz. Potenzialentfaltung in Städten und Gemeinden. (Hamburg: edition Körber-Stiftung)
- Hurrelmann, Klaus; Albrecht, Erik** (2014): Die heimlichen Revolutionäre. Wie die Generation Y unsere Welt verändert. Weinheim: Beltz Verlag.
- IASS** (2014): „Gemeingüter brauchen aktive Unterstützung, sonst verlieren wir sie an Investoren“. Siehe: <https://www.iass-potsdam.de/de/news/gemeinguetter-brauchen-aktive-unterstuetzung-sonst-verlieren-wir-sie-investoren> (Zugriff am 08.12.2017).
- ISOE, HGDÖ, SEI** (2003): The great Transition. Umbrüche und Übergänge zu einer planetarischen Gesellschaft. Frankfurt a.M. Siehe: http://www.greattransition.org/documents/gt_deutsch.pdf (Zugriff am 08.12.2017).
- Kälber, Daniela** (2011): Lebendige Gärten – Urbane Landwirtschaft in Kuba zwischen Eigenmacht und angeleiteter Selbstversorgung. Frankfurt a. M.: Peter Lang.
- Kanatschnig, Dietmar; Schmutz, Petra** (2004): Institutionelle Innovationsstrategien - 60 Ideen zur Initiierung und Umsetzung eines nachhaltigen Strukturwandels. Unter Mitarbeit von Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie. Österreichisches Institut für Nachhaltige Entwicklung. (Berichte aus Energie- und Umweltforschung, 26). Siehe: https://nachhaltigwirtschaften.at/resources/nw_pdf/0426_institutionelle_innovationsstrategien.pdf (Zugriff am 08.12.2017).
- Klein, Naomi** (2013): How Science Is Telling Us All To Revolt. In: New Statesman, October 29, 2013. Siehe: <http://www.newstatesman.com/2013/10/science-says-revolt> (Zugriff am 08.12.2017).

- Kluge, Friedrich** (2002): Art. Allmende. In: Etymologisches Wörterbuch der deutschen Sprache. Berlin: de Gruyter.
- Kopatz, Michael** (2015): Kooperative Wirtschaftsformen in Kommunen. Wirtschaftsförderung 4.0, in: oekom e.V. – Verein für ökologische Kommunikation (Hrsg.): StadtLust. Die Quellen urbaner Lebensqualität. München: oekom Verlag, S. 104-110.
- Kristof, Kora** (2014): Pioniere und Prosumer – Eine Politik des Praktischen? Veranstaltungsbericht zum 28. Herrenhäuser Gespräch am 18. September 2014. <https://www.volkswagenstiftung.de/aktuelles/akt-detnews/news/detail/artikel/weltverbesserung-selbstgemacht.html> (Zugriff am 08.12.2017).
- Kristof, Kora** (2010): Models of Change. Einführung und Verbreitung sozialer Innovationen und gesellschaftlicher Veränderungen in transdisziplinärer Perspektive. Zürich: Vdf Hochschulverlag.
- Kristof, Kora** (2010a): Wege zum Wandel: Wie wir gesellschaftliche Veränderungen erfolgreich gestalten können. München: oekom Verlag.
- Kury, Patrick** (2012): Der überforderte Mensch. Eine Wissensgeschichte vom Stress zum Burnout (Campus Historische Studien 66), Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Lafferty, William** (Hrsg.) (2004): Governance for Sustainable Development. The Challenge of Adapting Form to Function. Cheltenham/UK, Northampton, Mass./USA: Edward Elgar Publishing Ltd./ Edward Elgar Publishing Inc.
- Lambing, Julio** (2014): Ökologische Lebensstil-Avantgarden. Eine kurze Analyse sozialökologischer Gemeinschaften und ihres Innovationspotenzials. Herausgeber: European Business Council for Sustainable Energy (e5), Karben.
- Lefebvre, Henri** (2016): Das Recht auf Stadt, Nautilus-Verlag.
- Leggewie, Claus** (2011): Mut statt Wut. Aufbruch in eine neue Demokratie. Hamburg, Edition Körber-Stiftung.
- Lettner, Edith** (2013): Das Menschsein ist das Maß aller Dinge. In: SoLiTat 42, Salzburg. Siehe: <http://www.intersol.at/fileadmin/Soliatat/solitat42.pdf> (Zugriff am 08.12.2017).
- Linz, Manfred** (2015): Suffizienz als politische Praxis. Ein Katalog. Wuppertal Spezial Nr. 49.
- Litfin, Karen T.** (2013): Ecovillages: Lessons for Sustainable Community. London: Polity Press.
- Litfin, Karen T.** (o.D.): Reinventing the Future: The Global Ecovillage Movement as a Holistic Knowledge Community (University of Washington). Siehe: <https://faculty.washington.edu/litfin/research/Reinventing.pdf> (Zugriff am 04.04.2016).
- Loske, Reinhard** (2016): Politik der Zukunftsfähigkeit. Frankfurt am Main: Fischer Verlag.
- Lüpke, Geseko von** (Hrsg.) (2009): Zukunft entsteht aus Krise. Antworten von Joseph Stiglitz, Vandana Shiva, Wolfgang Sachs, Joanna Macy, Bernard Lietaer u.a. München: Riemann Verlag.
- Mack, Alfred** (2016): Muster durchbrechen. Neue Kreativität finden. Probleme lösen. Mit systemischen Lösungen zum Erfolg. München: Carl Hanser.
- Magalhães, Paulo; Steffen, Will; Bosselmann, Klaus; Aragão, Alexandra; Soromenho-Marques, Viriato** (Hrsg.) (2016): The Safe Operating Space Treaty. A New Approach to Managing Our Use of the Earth System. Newcastle upon Tyne: Cambridge Scholars Publishing. Siehe: <http://www.cambridgescholars.com/download/sample/63216> (Zugriff am 09.12.2017).
- Maschkowski, Gesa** (2013): Bürger gehen neue Wege. Siehe: <https://www.ugb.de/vollwerternaehrung/transition-town/?transition-town-nachhaltigkeit> (Zugriff am 08.12.2017).
- Meyer-Renschhausen, Elisabeth** (2012): Von Pflanzenkolonien zu nomadisierenden Junggemüse. Zur Geschichte des Community Gardening in Berlin. In: Müller, Christa (Hrsg.) (2012): Urban Gardening. Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt. 4. Aufl., München: oekom Verlag, S. 319-332.
- Mies, Maria** (2008): Das Dorf und die Welt. Lebensgeschichten – Zeitgeschichten. Köln: PapyRossa Verlag.
- Müller, Christa** (Hrsg.) (2012): Urban Gardening. Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt. 4. Aufl., München: oekom Verlag.
- Murphy, Pat** (2008): Plan C: Community Survival Strategies for Peak Oil and Climate Change. New Society Publishers.
- Nanz, Patrizia; Leggewie, Claus** (2016): Die Konsultative. Mehr Demokratie durch Bürgerbeteiligung. Berlin: Verlag Klaus Wagenbach.

- Netzwerk für Reallabore/Pioniere des Wandels** (2013): Ideenskizze: Schaffung einer Netzwerk-übergreifenden Plattform für Reallabore/Pioniere des Wandels. Siehe: http://verein.lebensdorf.net/fileadmin/files/Ideenskizze_Netzwerk_fuer_Reallabore_Pioniere_des_Wandels.pdf (Zugriff am 4.04.2016).
- Nolting, Katrin; Göll, Edgar** (2014): „Zukunftsperspektiven der Lokalen Agenda in Deutschland“. in: Ökologisches Wirtschaften. Jg. 29, Heft 2.2014, Juli, S. 36-41.
- oekom e.V. – Verein für ökologische Kommunikation** (Hrsg.) (2015): StadtLust. Die Quellen urbaner Lebensqualität. München: oekom Verlag.
- Paech, Nico** (2012): Perspektiven einer Postwachstumsökonomie: Fremdversorgung oder urbane Subsistenz? In: Müller, Christa (Hrsg.) (2012): Urban Gardening. Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt. 4. Aufl., München: oekom-verlag, S. 88-103.
- Papst Franziskus** (2015): Enzyklika Laudato Si. Über die Sorge für das gemeinsame Haus. Vatikan 18.06.2015 Siehe: http://www.dbk.de/fileadmin/redaktion/diverse_downloads/presse_2015/2015-06-18-Enzyklika-Laudato-si-DE.pdf (Zugriff am 08.12.2017).
- Papst Franziskus** (2013): Apostolisches Schreiben EVANGELII GAUDIUM des Heiligen Vaters Papst Franziskus an die Bischöfe, an die Priester und Diakone, an die Personen geweihten Lebens und an die christgläubigen Laien über die Verkündigung des Evangeliums in der Welt von heute. Vatikan, 24. November 2013. Siehe: http://www.vatican.va/holy_father/francesco/apost_exhortations/documents/papa-francesco_esortazione-ap_20131124_evangelii-gaudium_ge.pdf
- Penta, Leo J.** (Hrsg.) (2007): Community Organizing: Menschen verändern ihre Stadt. Hamburg: edition Körber-Stiftung.
- Pötter, Bernhard** (2010): Ausweg Ökodiktatur? Wie unsere Demokratie an der Umweltkrise scheitert. München: oekom Verlag.
- Raworth, Kate** (2017): Doughnut Economics. Seven Ways to Think Like a 21st-Century Economist. Random House Business.
- RNE - Rat für nachhaltige Entwicklung** (2015): Städte auf Kurs Nachhaltigkeit. Wie wir wohnen, Mobilität und kommunale Finanzen zukunftsfähig gestalten (Deutsches Institut für Urbanistik auf Veranlassung der am RNE-Dialog „Nachhaltige Stadt“ beteiligten Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister). Berlin: Eigenverlag.
- Reißig, Rolf** (2015): Gesellschafts-Transformation heute – gewonnene Erkenntnisse und offene Fragen, In: M. Brie (Hg.): dito, S.19-29. Siehe: <http://www.rosalux.de/publication/41855/gesellschaftstransformation-heute.html> (Zugriff am 08.12.2017).
- Reißig, Rolf** (2011): Die neue "Große Transformation". Der Übergang zu einem sozialökologischen und solidarischen Entwicklungspfad, in: Vorgänge, Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, Berlin 2011, Heft 3, September 2011. Siehe: http://www.brandt-kreis.de/pdf_11/reissig_grosse_transformation.pdf (Zugriff am 08.12.2017).
- Remig, Moritz** (2013): Das Konzept der Planetary Boundaries. Anforderungen an Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Politik (19.02.2013) Institute for Advanced Sustainability Studies e.V. IASS Potsdam. Siehe: http://www.forschungswende.de/fileadmin/uploads/user_upload/FW_WS_20130219_Remig.pdf (Zugriff am 08.12.2017).
- Rifkin, Jeremy** (2014): Die Null-Grenzkosten-Gesellschaft. Das Internet der Dinge, kollaboratives Gemeingut und der Rückzug des Kapitalismus. Frankfurt a.M./N.Y.: Campus-Verlag.
- Rogall, Holger** (2012): Nachhaltige Ökonomie. Marburg: Metropolis Verlag.
- Rosa, Hartmut** (2016): Resonanz - Eine Soziologie der Weltbeziehung. Berlin: Suhrkamp.
- Rosa, Hartmut** (2012): Weltbeziehungen im Zeitalter der Beschleunigung. Umriss einer neuen Gesellschaftskritik, Berlin: Suhrkamp Wissenschaft.
- Rothschuh, Michael** (2015): Community Organizing und das Recht auf Stadt. Siehe: <http://www.stadtteilarbeit.de/themen/theorie-stadtteilarbeit/communityorganizing-76/400-community-organizing-und-das-recht-auf-stadt.html> (Zugriff am 08.12.2017).
- Rund, Mario** (2015): Regierung des Raumes, Regierung des Sozialen. Zur Gouvernementalität postfordistischer Sozialraumpolitiken. Göttingen: Universitätsverlag.

- Rütten, Ursula** (2011): Zukunft im Selbstversuch. Vom Leben in Transition Towns. DLF - Das Feature, Beitrag vom 29.11.2011. Siehe: http://www.deutschlandfunk.de/zukunft-im-selbstversuch.1247.de.html?dram:article_id=190439 (Zugriff am 08.12.2017).
- Schäpke, Niko; Franziska Stelzer; Matthias Bergmann; Daniel J. Lang** (2016): Tentative Theses on Transformative Research in Real-World Laboratories. First Insights from the Accompanying Research ForReal. In: Technikfolgenabschätzung – Theorie und Praxis 25. Jg., Heft 3, Dezember, S. 45-51.
- Schneidewind, Uwe** (2013): Ideenskizze: Schaffung einer Netzwerk-übergreifenden Plattform für Reallabore/ Pioniere des Wandels. Siehe: http://www.researchincommunity.net/fileadmin/files/PdW/ideenskizze_netzwerk_reallabore.pdf (Zugriff am 08.12.2017).
- Schneidewind, Uwe** (2012): Stellungnahme – Öffentliches Fachgespräch zum Thema „Nachhaltigkeits- und Transformationsforschung“. Siehe: http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/a18/anhoerungen/Nachhaltigkeits-_und_Transformationsforschung/ADrs_17-281_a.pdf (Zugriff am 08.12.2017).
- Selle, Klaus et al.** (2016): pnd-online. ein Magazin mit Texten und Diskussionen zur Entwicklung von Stadt und Region (diverse Ausgaben). [www.planung-neu-denken.de]
- Shindelar, Rachel** (2013): Bericht zu 1. Transformatives Symposium: „Pioniere des Wandels – Transformationsforschung für eine Kultur der Nachhaltigkeit“. RCC. Siehe: http://www.carsoncenter.uni-muenchen.de/download/events/conference_reports/140120_trans_confrep_de.pdf (Zugriff am 08.12.2017).
- Silverman, David** (2010): Qualitative research. London u.a.: Sage.
- Smith, Richard** (2013): Sleepwalking to Extinction. Capitalism and the destruction of life and earth (Information Clearinghouse) November 16, 2013. Siehe: <http://www.informationclearinghouse.info/article36870.htm> (Zugriff am 08.12.2017).
- Sommer, Bernd; Welzer, Harald** (2014): Transformationsdesign. Wege in eine zukunftsfähige Moderne. München: oekom Verlag.
- Steffen, Will; Richardson, Katherine; Rockström, Johan; Cornell, Sarah E.; Fetzer, Ingo; Bennett, Elena M.; Biggs, Reinette; Carpenter, Stephen R.; de Vries, Wim; de Wit, Cynthia A.; Folke, Carl; Gerten, Dieter; Heinke, Jens; Mace, Georgina M.** (2015): Planetary boundaries: Guiding human development on a changing planet. In: Science 347. DOI: 10.1126/science.1259855. Siehe: [http://precaution.org/lib/steffen_planetary_boundaries\(incl_supplemental\).150213.pdf](http://precaution.org/lib/steffen_planetary_boundaries(incl_supplemental).150213.pdf) (Zugriff am 09.12.2017).
- Steurer, Reinhard; Trattnigg, Rita** (2010): Nachhaltigkeit regieren. Eine Bilanz zu Governance-Prinzipien und -Praktiken. München: oekom Verlag.
- Stigson, Björn u. a.** (2009): Peer Review on Sustainable Development Policies. Rat für Nachhaltige Entwicklung. (texte, 29). Siehe: https://www.nachhaltigkeitsrat.de/wp-content/uploads/migration/documents/RNE_Peer_Review_Report_November_2009.pdf (Zugriff am 09.12.2017).
- Stiftungsgemeinschaft anstiftung & ertomis gemeinnützige GmbH** (2014): Die Stadt ist unser Garten. Urban Gardening Manifest. München. Siehe auch: <http://urbangardeningmanifest.de/> (Zugriff am 09.12.2017).
- Sundermier, Ali; W. Berger, Michele** (2017): Penn Researchers Look to Cuba for Sustainability and Agroecology in Practice. April 17, 2017. Siehe: <https://news.upenn.edu/news/penn-researchers-look-cuba-sustainability-and-agroecology-practice> (Zugriff am 09.12.2017).
- TAB – Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag** (2010): Gefährdung und Verletzbarkeit moderner Gesellschaften – am Beispiel eines großräumigen Ausfalls der Stromversorgung (Arbeitsbericht Nr. 141), Berlin.
- Thaler, Richard und Cass Sunstein** (2011): Nudge. Wie man kluge Entscheidungen trifft. Berlin: Ullstein Verlag.
- UN – United Nations - General Assembly** (2016a): 29 September 2016. United Nations Conference on Housing and Sustainable Urban Development (Habitat III). (A/CONF.226/4), Quito, 17 – 20 October 2016, Adoption of the final outcome of the Conference. Draft outcome document of the United Nations Conference on Housing and Sustainable Urban Development (Habitat III). Siehe: http://nua.unhabitat.org/uploads/DraftOutcomeDocumentofHabitatIII_en.pdf (Zugriff am 09.12.2017).
- UN – United Nations** (2016b): TRANSFORMING OUR WORLD: THE 2030 AGENDA FOR SUSTAINABLE DEVELOPMENT (A/RES/70/1). Siehe: <https://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/21252030%20Agenda%20for%20Sustainable%20Development%20web.pdf> (Zugriff am 09.12.2017).

- UN – United Nations** (2017a): Sustainable Development Goals. Siehe: <http://www.un.org/sustainabledevelopment/sustainable-development-goals/> (Zugriff am 09.12.2017).
- UN – United Nations** (2017b): Sustainable Development Knowledge Platform der Vereinten Nationen. Siehe: <https://sustainabledevelopment.un.org/> (Zugriff am 09.12.2017).
- UN Habitat 3** (2017): A New Urban Agenda. A/RES/71/256. Siehe: <http://habitat3.org/wp-content/uploads/NUA-English.pdf> (Zugriff am 09.12.2017).
- Verein zur Förderung der solidarischen Ökonomie e.V.** (Hrsg.) (2011): Schritte auf dem Weg zur solidarischen Ökonomie. Siehe: <http://www.uni-kassel.de/upress/online/frei/978-3-86219-130-7.volltext.frei.pdf> (Zugriff am 09.12.2017).
- Voß, Elisabeth** (2015a): Ein Plädoyer für das Miteinander von Begeisterung und Kritik. Siehe: <http://www.contraste.org/index.php?id=119> (Zugriff am 09.12.2017).
- Voß, Elisabeth** (2015b): Solidarisch Wirtschaften? Siehe: http://ifg.rosalux.de/files/2015/06/201506solidarisch_evoss.pdf (Zugriff am 09.12.2017).
- WBGU – Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen** (2016): Der Umzug der Menschheit: Die transformative Kraft der Städte. Berlin: WBGU. Siehe: http://www.wbgu.de/fileadmin/user_upload/wbgu.de/templates/dateien/veroeffentlichungen/hauptgutachten/hg2016/wbgu_hg2016.pdf (Zugriff am 09.12.2017).
- WBGU – Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen** (2011): Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine große Transformation. Siehe: http://www.wbgu.de/fileadmin/user_upload/wbgu.de/templates/dateien/veroeffentlichungen/hauptgutachten/jg2011/wbgu_jg2011.pdf (Zugriff am 09.12.2017).
- Weber, Andreas** (2013): Enlivement. Towards a fundamental shift in the concepts of nature, culture and politics. Heinrich-Böll Stiftung.
- Weck, Felicitas** (2009): Linke Kommunalpolitik. Eine Einführung. In: Katharina Weise (Hg.): Linke Kommunalpolitik. Crashkurs Kommune 1. Hamburg: VSA – Verlag.
- Weis, Thomas; Wiesmann, Thorsten** (2013): Eine kranke Gesellschaft heilen durch Teilen. Siehe: http://www.researchincommunity.net/fileadmin/files/Symposium_Downloads/Die_Gesellschaft_heilen_durch_das_Teilen.pdf (Zugriff am 09.12.2017).
- Welzer, Harald** (2011): Mentale Infrastrukturen. Wie das Wachstum in die Welt und in die Seelen kam (Band 14 der Schriftenreihe Ökologie). Heinrich-Böll-Stiftung: Berlin.
- Winterfeld von, Uta; Biesecker, Adelheid; Katz, Christine; Best, Benjamin** (2012): Welche Rolle können Commons in Transformationsprozessen zu Nachhaltigkeit spielen? Wuppertal-Institut. Siehe: <https://epub.wupperinst.org/files/4480/ImpW6.pdf> (Zugriff am 09.12.2017).
- Wright, Erik Olin** (2010): Envisioning Real Utopias. London: Verso.
- Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH** (2008): Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt – Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte, 2. Aufl., Herausgeber: Brot für die Welt, Evangelischer Entwicklungsdienst, BUND. Frankfurt a.M.: Fischer Taschenbuch Verlag.

Impressum

IZT - Institut für Zukunftsstudien
und Technologiebewertung gemeinnützige GmbH

Tel.: +49 (0) 30 803088-0

Fax: +49 (0) 30 803088-88

Schopenhauerstr. 26

14129 Berlin

Berlin, AG Charlottenburg, HRB 18 636

Geschäftsführer

Dr. Roland Nolte

Aufsichtsratsvorsitzende

Doris Sibum

ISBN 978-3-941374-32-4

www.izt.de
